

Germ. sp.

487

n

R

Germ sp. 487 n

Vernunft

<36609037770019



<36609037770019

Bayer. Staatsbibliothek



N^o 579.

R

579.

Die
V e r n u n f t

fordert

die Säkularisirungen

n i c h t.

D e u t s c h l a n d.

1 7 9 8.

Frederick
State Library
M. A. N.

V o r r e d e.

Wer die Abhandlung unter dem Titel:
Die Vernunft fordert Säcularisirun-
gen, kennet, weifs auch die Veranlassung zu
dem gegenwärtigen Aufsatze.

Obgleich diese nächste Veranlassung po-
lemischer Art ist, so hoffen wir doch, dafs
die hier gelieferte Abhandlung weder für das
Publicum, noch für den Verfasser, mit dessen
Meinung wir nicht überein stimmen können,
ohne alles Interesse seyn werde.

A

Das

Das Interesse der aufgeworfenen Frage, ob die Vernunft Säkularisirungen fordere, schränket sich nicht auf die Begebenheiten des Tages und auf die Veränderungen ein, welche die stehenden Staatsverfassungen geistlichen Charakters etwa zu befürchten haben; sondern sie greifet in die Rechte und Befugnisse aller Staaten ein, welche die Ausübung einer öffentlichen Religion sanctioniret haben, und mit den Anstalten einer gesetzlich anerkannten Religion verflochten sind.

Der Edle, dem nichts gleichgültig ist, was näher oder ferner mit den sittlich religiösen Bedürfnissen seiner Zeitgenossen zusammen hängt, kann die Frage nicht für geringfügig ansehen, welche nach rechtlichen Principien

icipien die Entscheidung herbey führet, ob denn die fortdauernde Existenz geistlicher Staaten vor dem Gerichtshofe der Vernunft als rechtmässig anerkannt werde.

Voraus gesetzt, dass der Zusammenlauf von politischen Veränderungen die Ausführung einiger Säcularisirungen bewirke; so bleibet der geistvolle Beobachter, er mag mehr oder weniger dabey interessirt seyn, nicht gedankenlos bey dem Anschauen dieser Ereignisse stehen: er berechnet auch nicht blofs auf Geheiß einer krämerischen Klugheit die Vortheile und Nachtheile, welche daraus entspringen dürften; vielmehr machet er sich's zum Geschäfte, über die Rechtmässigkeit solcher Veränderungen in der geistlichen Staatsver-

verfassung nachzudenken, um sich entweder des rechtlichen Verfahrens seiner mächtigen Zeitgenossen in diesem Puncte zu freuen, oder den Gewaltigen zu tadeln, der unter dem Schutze der Macht das Recht des Schwächeren verhöhnte.

Widersprüche in Meinungen werden bey den Bestrebungen des menschlichen Geistes, sich des Wahren mit Licht und Bestimmtheit zu bemächtigen, nie fehlen, ob sie gleich im Verhältnisse der steigenden Reife der Vernunft und eines festeren Fundamentes auf dem Felde wissenschaftlicher Aufklärungen nothwendig abnehmen werden. So lange diese Periode der vollendeten Geistesbildung unserm Geschlechte noch nicht erschienen ist,—

und

und als Ideal der Intelligenzen erscheint sie nie in der Erfüllung, — so wird der menschliche Geist auf dem Wege zur Wahrheit immer Parteyen antreffen, welche einander Vorwürfe machen, und einander falsche Behauptungen zur Last legen. Dieß mag immerhin seyn: darin liegt kein unheilbares Uebel. So lange die Widersprüche im Meinen dazu dienen, die Ansichten des Gegenstandes zu vervielfältigen, seine Beziehungspuncte zu vermehren, und in die Begriffe von demselben mehr Licht und Schärfe der Bestimmungen zu bringen; so lange der Widerspruch in der Sphäre des Gegenstandes sich hält, weder von dem Fragepuncte ab zu Beleidigungen der behauptenden Person überspringet, noch von den Folgen einer Sache auf ihre innere

oder

oder rechtliche Beschaffenheit Schlüsse versucht; so muß selbst der in seiner Behauptung angegriffene Schriftsteller den Versuch seines Gegners billigen, zumahl wenn die Frage keine Uebung des Schulwitzes zum Gegenstande hat, sondern wesentlich auf die Wohlfahrt gesellschaftlicher Menschen einfließet.

Um die Auflöfung unseres Thema so vollständig, als es uns möglich war, zu geben, zerlegten wir unsere Abhandlung in zwey Theile. Der erste stellet den positiven Grund für die Wahrheit auf, daß die Vernunft die Säcularisirungen nicht fordere: der andere hingegen gibt sich mit Beleuchtung der Gründe ab, welche der Verfasser der im

Ein-

Eingänge genannten Schrift für seine Meinung anführte, und leitet also das Resultat ein, daß kein statthafter Grund gegen die positiv begründete Behauptung, daß die geistlichen Staaten in dem Urtheile der Vernunft als ein rechtlicher Gegenstand erscheinen, aufgebracht werden könne.

Leser, welche an Zergliederungen der Begriffe keinen Geschmack finden, können unbeschadet der Verständlichkeit des zweyten Abschnittes den ersten ganz überschlagen; denn der zweyte senket sich mehr zu den empirischen Bestimmungen der Kirche und des Staates herab, und machet durch die Beleuchtung unseres Gegners ein Ganzes aus.

Weil

Weil wir mit und aus Ueberzeugung geschrieben haben, so dürfen wir zu einer unparteylichen Prüfung auffordern. Wir bitten nicht um Beyfall, und erwarten ihn nicht von der Gutmüthigkeit nachsichtiger oder durch ein Interesse voraus für unsere Behauptung bestochener Leser, sondern von der Unwidersprechlichkeit der entwickelten Beweisgründe. Daher hoffen wir auch, man werde unsere Schrift nicht zu einem Fabricate aus der Werkstätte eines Advocaten machen, welchem es um das Gewinnen, und nicht um die Rechtmäßigkeit seiner Sache zu thun ist.

Die

Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht.

Eintheilung der gegenwärtigen Abhandlung.

Eine Frage wissenschaftlich behandeln heisset das Fundament, auf welchem die Wahrheit ihrer Entscheidung beruhet, auffuchen, und dem Auge der Leser bloß legen. Die Verstellungen und Erklärungen, welche ein Schriftsteller zum Behufe dieses Zweckes gibt, haben daher zur Absicht, die Wahrheit des fraglichen Gegenstandes zu veranschaulichen, und die wissenschaftliche Befugniss zur Aufstellung derselben zu erklären.

Dieses Geschäft, gelang es nur nach den Forderungen der Logik, ist hinreichend, den Leser von der Wahrheit des entwickelten Gegenstandes zu überzeugen: allein diese Ueberzeugung wird nicht lebendig und dauerhaft seyn, so lange die verwirrenden Gründe des Gegners, welche der Leser nicht immer sogleich

zu

zu berichtigen weiß, nicht zu einer hellen Prüfung gezogen, und in ihrem Scheine entblößet sind. Wem es daher um die Begründung einer festen und wirkfamen Ueberzeugung zu thun ist, der hat vor allem die Wahrheit seiner Behauptung directe zu begründen, und hernach seinem Gegner nachzuleuchten, wo er etwa den Gegenstand unter schiefelnde Gesichtspuncte gestellet, in das Gebieth täuschender Interesse gezogen, und in das Gewand sinnreicher Sophismen gekleidet hat. Diese Verfahrungsart bringet eine lebendige Ueberzeugung hervor, und verwahret sie zugleich vor der Gefahr, durch überraschende Trugschlüsse von Seite des Gegners schwankend gemacht zu werden.

Wir sind daher gesonnen, unsere Abhandlung in zwey Theile zu trennen, deren erster die wissenschaftliche Bewährung des aufgestellten Thema enthält, der andere aber die Gründe, welche der Verfasser der im Eingange der Vorrede erwähnten Schrift für seine Meinung angeführt hat, im kurzen Umriffe darleget und würdiget.

I. Abschnitt.

**Wissenschaftliche Begründung
der vorgelegten Aufgabe.**

§. I.

Nähere Bestimmung der Aufgabe.

In den geistlichen Staaten sind die Gewalten der bürgerlichen und kirchlichen, der juridischen und ethisch-religiösen Gesetzgebung in Einer Person vereinigt. Diese Person, FürstBischof genannt, besorget demnach nicht nur die Angelegenheiten der Kirche, sondern übet auch zugleich die gesetzgebende Macht des bürgerlichen Vereines aus. Aus dieser bekannten Erklärung ergibt sich bestimmt, was die Frage: Fordert die Vernunft Säkularisirungen? sagen wolle. Mit andern Ausdrücken lautet die Frage also:
For-

Fordert die Vernunft die Trennung der zwey in Einer Person vereinten Gewalten? Wird von der Vernunft die Vereinigung der beyden Gewalten schlechterdings für widerrechtlich erklärt? Machet die Vernunft als Gesetzgeberinn der menschlichen Handlungen es dem Menschen zur Pflicht, die Verbindung der bürgerlichen und geistlichen Macht in Einer Person aufzuheben? Die Auflösung dieser Frage ist der Gegenstand unserer Untersuchung.

§. 2.

Beweisquellen.

Wenn wir sagen, Die Vernunft fordere die Säcularisirungen nicht; so ist in der eigenthümlichen Beschaffenheit dieser Behauptung zugleich die Quelle angegeben, woher wir alle unsere Erklärungen und Beweise nehmen werden, und nehmen müssen, wenn wir anders die abgesteckten Grenzen unserer Untersuchung nicht fehlerhaft überspringen wollen. Die Vernunft, in rechtlicher

Rück-

Rückficht als Gesetzgeberinn betrachtet, bestimmt, was Rechtens ist, zu welchen Handlungen der Mensch Befugniss habe, und welche Eigenschaften die Verfügungen eines Staates an sich haben müssen, um rechtsbe-
ständig zu heissen. Diese Entscheidungen der rechtlichen Gesetzgebung durch Vernunft sind ein reiner Ertrag der Intelligenz, sind Erzeugnisse der Vernunft, so fern diese die Bedingungen ausmittelt, von welchen das mögliche Zusammenbestehen vernünftig sinnlicher Wesen unbeschadet ihrer Freyheit abhängt. Was also ausser dem Gebiete des natürlichen Rechtes, oder besser, ausser dem Gebiete der praktischen Vernunft lieget, gehöret nicht zu den Quellen, aus welchen unsere Abhandlung Stoffe und Beweise zu nehmen befugt ist. Aus dem positiven Rechte mit allen seinen wesentlichen Bestandtheilen sammt Zugehör dürfen wir keine Gründe für unsere Behauptung herhohlen. Die Billigkeit mag noch so nachdrücklich den geistlichen Staaten das Wort reden: wir haben uns von dem
 Ge-

Gebräuche ihrer Dienste ausgeschlossen. — Mögen Andere aus dem Gesichtspuncte der Klugheit der geistlichen Staatsform Lobreden halten: wir würden inconsequent seyn, wenn wir aus dem Gebiethe der Politik Stoffe und Hülfstruppen beschreiben wollten, um eine Sache, welche die Vernunft aus eigenen Kräften allein zu vertheidigen übernommen hat, Trotz allen feindlichen Angriffen in ihrem rechtlichen Besitzstande unverfehrt zu erhalten.

§. 3.

Präliminar Untersuchung.

Um die Einsicht, daß die Vernunft die Säkularisirungen nicht fordere, gehörig vorzubereiten, müssen wir den Gegenstand selbst, um welchen sich die Untersuchung wie die Walze um ihre Axe drehet, etwas genauer entwickeln. Vorläufig wollen wir nämlich die Fragen erläutern: 1) Welchen Zweck und welche Mittel, ihn zu erreichen, hat der Staat? 2) Welchen Zweck und welche Mittel, ihn

ihn zu bewirken, hat die Kirche? und 3) in welchen Verhältnissen stehen Staat und Kirche ursprünglich gegen einander? Aus der kurzen Erklärung dieser Fragen wird die Auflösung des Problemcs hervor gehen: Fordert die Vernunft die Säcularisirungen? Oder nennet sie die Vereinigung der weltlichen und geistlichen Macht in Einer Person widerrechtlich?

§. 4.

Was ist der Staat?

Der Mensch soll aus dem NaturZustande heraus gehen, und sich in der Absicht mit seinen NaturGenossen zu einem gemeinen Wesen vereinigen, um für seine Rechte Schutz, und für sein Eigenthum innere und äussere Sicherheit zu erlangen. * Dieser Zweck ist nur in so fern erreichbar, als sich das gemeine Wesen unter öffentlichen RechtsGesetzen

zu

* Sieh Kant's Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft. S. 131. 2te Aufl.

zu einem bürgerlichen Ganzen organisirt. Die Uebereinkunft, wie Menschen gegen einander einfließen dürfen, um einander nicht selbst in dem rechtlichen Gebrauche ihrer Freyheit zu stören, und wie sie Eigenthum, ursprüngliche und erworbene Rechte gegen beleidigende Angriffe sicher stellen wollen, d. h. die Uebereinkunft über ihre gemeinschaftlichen Rechte in der SinnenWelt heisset der StaatsVertrag, und die Gemeine, die überein gekommen ist, heisset der Staat. * Es ist GewissensPflicht, sich mit Andern zu einem Staate zu vereinigen.

Durch den mechanischen Zusammentritt mehrerer Menschen wird der Staat weder in seinem Wesen ausgebildet, noch zur Hervorbringung seines Zweckes tüchtig gemacht. Der Staat muß nach RechtsGesetzen organisirt, die Handlungen der StaatsGlieder müssen den Geboten derselben unterworfen, auf den Frevel muß Verantwortlichkeit gelegt, über

* Vergl. Fichte's Sittenlehre. S. 317.

den Verbrecher mit physischer Macht verfügt, und das Ansehen der Gesetze durch eine unwiderstehliche Gewalt in seiner Heiligkeit geschützt werden. Weil von diesen Bedingungen die Erlangung des StaatsZweckes abhängt; so fordert die Vernunft ihre Realisirung eben so unablässig, als sie die Menschen zum Eintritte in ein juridisches Gemeinwesen gebietherisch auffordert.

Allein obgleich jede der genannten Gewalten, z. B. den Frevler zu züchtigen, von dem Willen aller StaatsGlieder ausgehet; so können sich doch nicht alle in gleichen Theilen in die Ausübung derselben theilen. Die Vernunft fordert daher die Uebertragung der Gewalten auf eine oder mehrere Personen, und machet diese über die Verwaltung derselben anvertrauten Gewalt verantwortlich.

Die Vernunft fordert also 1) die Errichtung eines Staates; sie erkläret 2) Schutz der Rechte und Sicherheit des Eigenthumes im

Inneren und nach Aussen für den ursprünglichen Zweck des Staates, und gebiethet 3) Uebertragung der im Staate nöthigen Gewalten auf eine oder mehrere tüchtige Personen.

Lasset uns nun hören, was die Vernunft über Kirche in Hinsicht auf die nämlichen Punkte spricht.

§. 5.

Was ist die Kirche?

So wie die Vernunft die Auflösung des NaturZustandes in einen organisirten bürgerlichen Verein fordert; so verbindet sie die Menschen auch, den Zustand des isolirt-Seyns mit dem eines ethisch-religiösen Gemeinwesens, d. h. mit einer Kirche zu vertauschen.

Der Mensch hat durch die Gabe der Freyheit den Beruf erhalten, mit seinen Natur-Genossen eine moralische Gemeinde auszumachen. Der gute Mann ist vermöge seiner pflichtmäßigen Gesinnung beflissen, praktische
Lehren

Lehren zu verbreiten, und ihre Anerkennung zu befördern. Er strebet, so gut er kann, Alle, mit denen er in Berührung stehet, nach praktischen Grundsätzen mit sich gleich-gesinnt zu machen. Was er für moralische Denkart hält, möchte er auf jedes menschliche Wesen übersetzen. Er für seine Person thut zum Behufe dieses Zieles, was und so viel er kann. Was Pflicht dieses preiswürdigen Mannes ist, muß jedes vernünftige Wesen für seine Pflicht anerkennen. Jedem vernünftigen Individuum ist die Aufgabe vorgelegt, bewährte Grundsätze des sittlich-Guten zu verbreiten, Harmonie in die DenkArt seiner NaturGenossen, und Heiligkeit in ihre Gefinnungen zu bringen. Die Menschen machen also eine moralische Gemeine aus: sie sollen sich nicht in ihrer LebensWeise von den Genossen ihres Wesens isoliren; Jeder soll auf Andere wirken, um die Einmüthigkeit in der moralischen DenkArt zu beschleunigen.

Die Vernunft fordert, daß diese allgemeine Pflicht, die Menschen moralisch zu bearbeiten,

auf einen besonderen Stand übertragen werde. Denn für die Verbreitung sittlicher Grundsätze und für die Begründung einer moralischen DenkArt wird am besten, ja nur allein mit Erfolg dadurch geforget, daß eine besondere Klasse von Menschen sich die ethische Bildung der Menschen zum ausschließlichen Zwecke ihres Lebens machet, und im Besitze eines hellen Geistes und der Gabe einer gewandten Darstellung dem Geschäfte lebet, sittliche Lehren in Umlauf zu fetzen, ihre Vortrefflichkeit zu entwickeln, die Gemüther für dieselben zu gewinnen, und so den Geist der Sittlichkeit in die Herzen und Wohnungen der Menschen einzuführen. — Die vollkommene Realisirung der Zwecke des menschlichen Wesens hängt von einer zweckmäßigen Vertheilung derselben unter verschiedenen Ständen ab. Diese Vertheilung ist also eine Forderung der Vernunft, und die Natur hat durch die Verschiedenheit der Gaben, welche sie in höheren oder geringeren Graden ihren Kindern verleiht, der Vernunft in die Hände ge-

gearbeitet. Ungeachtet dieser Verfügung durch die Vernunft entbindet diese doch keinen Menschen von der allgemeinen Pflicht, durch Reden und Beyspiele im täglichen Verkehre der sittlichen Handlungsweise Vorschub zu thun.

Der Stand der moralischen VolksLehrer ist verpflichtet, die Grundsätze des sittlichen Lebens zu verkündigen, und die Achtung dafür zu beleben. Auf ihm haftet die Pflicht, seinen Zuhörern zu zeigen, wie sie es anfangen haben, um ihre Pflichten mit frohem Muthe und gedeihlichem Erfolge zu vollbringen. Er hat die Obliegenheit, die Hindernisse, welche dem Anbaue einer sittlichen DenkArt und dem tugendhaften FrohSinne im Wege liegen, zu entfernen, oder zu schwächen. Er hat deßhalb zu zeigen, daß das Streben, in dem Guten zu wachsen, und auf der Leiter der sittlichen Vortrefflichkeit höher zu steigen, keine Täuschung sey; daß es gewiß einen Fortgang im Guten gebe; daß der Tugendhafte nicht auf dem halben Wege zum Ziele stehen bleibe,

bleibe, oder von einem unwiderstehlichen Schicksale der Vernichtung zugeworfen werde, und daß endlich ein heiliges Wesen, Gott genannt, Zeuge und Richter der menschlichen Gesinnungen und Handlungen, dem irdischen Kämpfer für Recht und Tugend nach seiner Entrückung einen Schauplatz der Freude und des Friedens öffnen werde.

Der moralische VolksLehrer ist ein Lehrer der Religion: und da nun die Gemeinen, denen die sittlich-religiösen Wahrheiten verkündigt werden, eine Kirche ausmachen; so heißen die moralischen VolksLehrer auch **Diener, Beamte der Kirche.**

Ein Zweck fordert Mittel zu seiner Realisirung, oder er ist ein müßiger Wunsch. Soll nun die Ausbreitung sittlicher Grundsätze, die Pflanzung einer moralischen DenkArt, und die Ausbildung des Charakters durch Religion gedeihlich von Statten gehen; so müssen solche Anstalten getroffen werden, welche die Verbreitung

breitung und den Segen sittlich-religiöser Grundsätze unterstützen; Anstalten, welche dazu beytragen, die Sitten rein zu erhalten, und vor unsittlichen Ausartungen zu bewahren; Anstalten, welche die Gefühle der Achtung für Tugend, und die Empfindungen der Ehrfurcht gegen Gott wecken, schärfen und ergiebig machen, den Unterricht des Volkes selbst nach gesetzlichen Bestimmungen ordnen, und in seiner fruchtbaren Wirkfamkeit erhöhen.

Es muß demnach in der Kirche eine Gewalt, oder wie man die Sache immer nennen will, vorhanden seyn, welche sich die Beförderung der sittlich-religiösen Erziehung der Glieder in dem ethisch-religiösen Gemeinwesen zum Augenmerke macht. Die Vernunft hat diese Gewalt in der Kirche genehmiget, weil sie den durch dieselbe zu bewirkenden Zweck dem Menschen zur Pflicht gemacht hat.

Die Vernunft fordert also, um ein Resultat abzuziehen, 1) die Errichtung einer Kirche;
 sie

sie stellet 2) die Verbreitung sittlich-religiöser Grundsätze und den Anbau einer durchgängigen sittlich-religiösen DenkArt als den eigentlichen Zweck derselben auf, und fordert 3) zum Behufe desselben das Daseyn einer Gewalt, welche durch zweckmäßige Aeufserung ihrer Kraft dem Gedeihen der tugendhaften und religiösen DenkArt Vorschub leistet. Diesen Umriss von einer Kirche finden wir in dem GesetzBuche der Vernunft: die weitere Ausbildung dieser GrundBestimmungen überläßt sie der Weisheit derjenigen, die durch GeistesKraft sich der Ehre würdig gemacht haben, ihre Forderungen vorzugsweise unter den Menschen zu realisiren.

Mit der Uebertragung der kirchlichen Gewalt auf eine oder mehrere Personen hat es dieselbe Bewandtniß, wie mit der im Staate. In Ansehung der Mittel, welche die Vernunft der kirchlichen Gewalt einzuschlagen gestattet, fordert dieselbe 1) immer Rechtmäßigkeit, d. i. sie dürfen keines Menschen Recht kränken;

2)

2) Zweckmäßigkeit, d. i. sie müssen geschickt seyn, die Einmüthigkeit der sittlichen Denk- Art und die Fruchtbarkeit ihrer Ergießungen zu befördern. Wir schreiben nur Aphorismen, weil wir nicht für Fremdlinge in diesen Gegenständen schreiben. Doch mögen die gegebenen Erklärungen hinreichen, um die Bestimmung des Verhältnisses der Kirche zum Staate zu erleichtern.

§. 6.

Verhältniß der Kirche zum Staate überhaupt.

Kirche und Staat sind verschieden in Ansehung ihres Ursprunges, ihres Zweckes und der Mittel, welche sie zur Erlangung desselben einschlagen: dessen ungeachtet können ihre nach obiger Regel bestimmten Gesetze einander nie zuwider laufen, oder gegenseitig die Wirkungen der Befolgung schwächen, geschweige denn gar aufheben. Diese Behauptung bedarf einer Erklärung, welche wir der Deutlichkeit unbeschadet kurz geben können.

Die

Die Kirche, oder die Pflicht der Menschen, in eine ethisch-religiöse Gesellschaft zusammen zu treten, gehet aus der Vernunft hervor, oder, um uns bestimmter auszudrücken, aus der Anlage des Menschen, seine sittlichen und religiösen Fähigkeiten nach Gesetzen der pädagogischen Weisheit zu cultiviren, und alles, was in seinem Vermögen stehet, beyzutragen, eine sittliche DenkArt zum Charakter der gesammten Menschheit zu machen. — Die Pflicht hingegen, einen bürgerlichen Verein zu gründen, beruhet auf der Verbindlichkeit des Menschen, seinen Rechten Schutz und seinem Eigenthume Sicherheit zu verschaffen, und sich der Gefahr zu entziehen, außer den Schranken einer bürgerlichen und von der Vernunft genehmigten Gesetzgebung irgend ein vernünftiges Wesen zu beleidigen, d. i. widerrechtlich in die Objecte seiner Freyheit einzugreifen.

Die Kirche bezielet Heiligung des Willens durch sittliche Grundsätze und durch den
Genius

Genius einer fröhlichen und wirkfamen Religion: der Zweck des Staates ist Befchirmung der Rechte, Wiedererftattung, wenn eine Beleidigung vorfiel, und Sicherftellung des Eigenthumes gegen Eingriffe des Frevlers. Die Verfügungen des Staates bleiben bey den äusseren Verhältniffen der Menschen und bey den Bedingungen des möglichen freyen Nebeneinanderseyns stehen. Die Entwicklung und Veredlung der WillensKräfte durch Belebung der Achtung für Tugend, die Aufregung der menschlichen Anlagen zu einem wohlthätigen Spiele durch Vorftellungen der Religion, die Erhöhung des Muthes im Kampfe für Unfchuld, Recht und Vaterland, — diefs find die Zwecke des religiöfen VolksLehrers, — diefs ist das Ziel der Kirche und der Wirkungskreis ihrer Beamten.

Der Staat hohlet die Mittel, welche ihm zur Bewirkung feines Zweckes dienlich find, aus einem ganz andern Gebiethe, als die Kirche. Wenn er auch der Promulgation feiner Gefetze

Beweg-

Beweggründe des Nützlichen und Nothwendigen beygefellet, wodurch der Wille zur Folgsamkeit geneigt gemacht wird; so sind doch seine Erwartungen eigentlich auf die Zwangsmittel berechnet, welche er in Händen hat. Auch verschlägt es ihm seinem ursprünglichen Ziele nach nichts, ob seine Gesetze mit Willen der Untergebenen, oder durch Zwang von Oben in Vollzug gebracht werden: dem Staate ist es um das Geschehen, aber nicht um das Wie des Geschehens zu thun. Er will Befolgung seiner Gesetze, gleich viel, ob dieselbe eine Frucht des guten Willens, oder eine Folge des unwiderstehlichen Zwanges ist.

Anders verhält sich die Sache mit dem Zwecke der Kirche, und mit den Mitteln, welche sie zur Bewirkung desselben anwenden darf. Ihr ist es mehr um das Wie des Handelns, als um das sichtbare Handeln selbst zu thun. Der Mensch soll ihre Gesetze nicht befolgen, um sie befolget zu haben, sondern um an Güte des Willens und an Geschicklichkeit,

keit, moralische Zwecke zu befördern, zuzunehmen. Die Kirche hat die Bearbeitung nicht der äußeren Zustände, sondern der inneren Anlagen des Menschen zum Ziele: sie beschäftigt sich mit der Reinigung der Triebe, mit der Erleuchtung des Verstandes, mit der Belebung der Thatkräfte nach Grundsätzen des Preiswürdigen. Ihr Zweck ist nicht, Handlungen zu bewirken, sondern eine Gesinnung im Menschen auszubauen, welche in fruchtbaren Aeufserungen ihr rühmliches Daseyn verkündiget, und die Würde des Menschen, in welchem sie wohnet, verbürget. Die Endabsicht der Kirche gehet daher auf die Erleuchtung des Verstandes und die Heiligung des Willens. Nun aber kann für diesen Zweck aus physischen Zwänge kein Gedeihen erwachsen. Das Gute und Böse in der menschlichen Willkür ist ganz des Menschen That. Das Thun kann ihm abgenöthiget werden, aber nicht die Liebe für das Gute, und die achtungsvolle Anhänglichkeit an die Vorschriften des Guten und Edlen, woran allein der Kirche

Alles

Alles gelegen ist. Diese verschmäheth daher alle ZwangsMittel,* weil diese ihrem Zwecke nicht aufhelfen können. Vorstellungen, Belehrungen und Ueberzeugungen sind die Werkzeuge, durch welche der kirchliche Beamte zu seinem Ziele aufstrebet. Auf ihrem Wege trifft die Kirche, die Bilderinn des inneren Menschen, auch LehrAnstalten, zweckmäßige Uebungen des religiösen Sinnes, disciplinarische Einrichtungen, um die ertheilten SittenLehren zu beleben, edle Vorsätze durch sinnliche Anstalten vorzubereiten, und die Freude am Edeln und Rühmlichen zu nähren, zu stärken, zu erhöhen. Dieß sind die Mittel, welche die Kirche

* Wir sagen, sie verschmäht alle ZwangsMittel überhaupt, weil wir die Kirche hier bloß als Erzieherinn des Menschen zur Tugend und Religion betrachten: siehet man sie aber von dem Gesichtspuncte einer gewissen moralischen Polizey an, in deren Gebieth sie heraus gerückt ist; so können ZwangsMittel in ihren Händen ihrem Ziele zur fernen Vorbereitung dienen.

Kirche für die Beförderung ihrer Zwecke erspriesslich findet.

Ob nun die Kirche und der Staat je mit einander in Widerstreit gerathen können? Die verneinende Antwort auf diese Frage haben wir nun mit einigen Worten vor dem Gerichtshofe der Vernunft zu rechtfertigen.

Staat und Kirche sind Aufgaben, welche die Vernunft allen Menschen zur Realisirung vorgelegt hat. Die Forderungen der Vernunft sind ausführbar, eben darum, weil sie Forderungen der Vernunft sind. Staat und Kirche können sich demnach als Forderungen der Vernunft, welche in jedem Volke zur Realisirung gebracht werden sollen, einander nie widersprechen. Der Widerspruch höbe die Ausführbarkeit des kirchlichen oder des bürgerlichen Zweckes entweder zum Theile oder ganz auf. Die Vernunft ist Harmonie in ihrem Wesen und in ihren Forderungen: angenommen, daß Kirche und Staat mit ihren Zwecken

nicht

nicht auf demselben Boden, welchen gefellige Menschen bewohnen, ausführbar wären; so ließe sich die Vernunft in ihren Geboten auf einem Widerspruche betreten, welches sich selbst widerspricht. Die Zwecke der Kirche und des Staates wandeln im schönsten Einverständnisse Hand in Hand. Der Staat begnügt sich mit der äusseren Befolgung seiner Gesetze: aber ohne Vergleich fruchtbarer muß diese Befolgung werden, wenn sie aus der wahren sittlichen Schätzung der bürgerlichen Gesetze entspringet, und wenn der Wille des Menschen Frevel gegen StaatsGesetze aus Gewissenhaftigkeit hasset. Und diese Gefinnung wächst unter der Pflege der kirchlichen Beamten. Die Kirche sichert die Ausübung der BürgerPflichten, und hält durch Schärfung des sittlichen Gefühles Untreue gegen den Staat ab, welche sonst gar wohl dem Arme der straffenden Gerechtigkeit entfliehen könnte. Die Kirche kommt der Unmacht der bürgerlichen Gewalt zu Hülfe, da sie dem Menschen Abscheu gegen geheime Laster einflößet, und das

Ge-

Gefühl der persönlichen Würde aufreget. Durch die erhaltene sittliche DenkArt, vermittelt der Religion des guten Herzens befestiget, wird der Bürger edel, thätig und treu in vorzüglichem Grade.

Der Staat bleibt gegen das Verdienst der Kirche nicht im Rückstande. Die Ruhe der Bürger, die Sicherheit ihres Eigenthumes, das friedliche Verkehr unter dem Schutze der bürgerlichen Macht hilft wesentlich der Bildung des Menschen zur sittlichen Vortrefflichkeit fort. Ausser dem Gebiete des gesetzlichen BürgerVereines ist der Tummelplatz des ewigen Krieges. Da vertreten wilde Leidenschaften die Stelle der vernünftigen Ueberlegung; da bleibt der Sinn für das Schöne und Gute in der Seele des Menschen eingewickelt; die Blüthe der Humanität kommt nicht zum Gedeihen; die Verbreitung edler Grundsätze und die erspriessliche Pflege des moralischen Sinnes hängt von der Ruhe der Menschen im Aeufseren, und von dem Schwei-

gen der wilden, im NaturZustande unbändigen Leidenschaften im Inneren ab, obgleich die hernach eintretende sittliche Erziehung wohlthätig wieder auf die Milderung der sinnlichen Triebe und ihrer Ausbrüche zurück wirkt.

Die Kirche und der Staat sind also Gläubiger und Schuldner zugleich gegen einander. Beyde sind von einander unabhängig, und beyde arbeiten einander freundlich in die Hände. Jede Art von Gesellschaft ist selbstständig, und jede scheinet wegen der andern da zu seyn. Kirche und Staat, harmonisch wie die Vernunft, von welcher sie abstammen, helfen einander gegenseitig ihre Zwecke beschleunigen.— In Ansehung der Mittel, welche sie zur Beförderung ihrer Zwecke einschlagen, können sie ebenfalls nie in Zwist gerathen. Alle Mittel, welche die Kirche und der Staat anwendet, liegen auf der Linie der MittelUrsachen, den Menschen zur vollständigen Bildung seines Wesens zu bringen. Die Kirche kann nie den Zwang mißbilligen, durch welchen der Staat
seine

seine Gesetze in Ansehen erhält, weil derselbe ein rechtliches Mittel ist, das Object der bürgerlichen Vereinigung zu sichern. Der Staat wird nie Ursache haben, mit den Mitteln unzufrieden zu seyn, durch welche die Kirche ihre Zwecke der Realisirung nähert; denn sie liegen ja alle auf dem Wege der Belehrung und Ueberzeugung, und bestehen in Anordnungen, welche zur Erweckung edler Vorsätze und großmüthiger Thaten dienen. Das Reich des Rechtes und der sittlichen Religion ist das Reich der Vernunft, dieses göttlichen Infaßens unseres Busens: und das Reich der Vernunft ist das Reich des Friedens und der Einhälligkeit. Die Mittel also, welche unter der Genehmigung der Vernunft zur Bewirkung praktischer Aufgaben gewählt werden, können einander nie widerstreiten, oder in der Anwendung einander durchkreuzen. Hat jedoch die Geschichte Beyspiele aufzuweisen, wo Kirche und Staat mit einander in Fehde lagen; so erhellet augenscheinlich, daß der Stoff dazu nicht in dem Wesen der Kirche und in dem

Staate lag, sondern in andern zufälligen Ursachen seinen Grund haben mußte. Wir wollten diesen Punct hier nur vorläufig andeuten, um dem Gedanken, — welcher sich vielleicht manchem Leser schon lange aufgedrungen hat, daß nämlich die Geschichte Kämpfe zwischen Kirche und Staat in Menge aufstelle, folglich der Staat gar wohl mit der Kirche in Zwist gerathen könne, — seinen Gesichtspunct einstweilen anzuweisen. Wir kommen auf diesen Punct noch ein Mal zurück.

§. 7.

Letzter Schritt zur Entscheidung unserer Aufgabe.

Was Aufgabe der Vernunft ist, soll geschehen. Der Mensch ohne Ausnahme soll demnach Glied einer Kirche und eines Staates werden. Das Eine wie das Andere fordert die Vernunft mit unnachsichtlicher Strenge. Der Mensch also, welcher bloß mit der bürgerlichen Erziehung für lieb nimmt, ist ein halber Ver-

Verehrer der Vernunft, und ein Fragment in seiner Bildung. Erhält er auch vor dem Gerichtshofe des Rechtes den Ruhm der Unsträflichkeit; so spricht er doch vergebens die Ehre eines durch die Gefinnung der Achtung gegen Alles, was Pflicht ist, und durch den tugendhaften Muth, welcher im Handeln eine Ewigkeit umfasset, preiswürdigen Mannes an. Derselbe Mensch also, welcher im Staate lebet, soll auch zugleich einer Kirche angehören. Die verbindende Kraft der VernunftGesetze weigert sich gegen alle Einschränkung. Kein vernünftiges Wesen soll daher ermangeln, Glied einer Kirche und eines Staates zugleich zu seyn. Nach dem Geheisse der Vernunft soll also kein Staat ohne Kirche, und keine Kirche ohne Staat existiren. Der Boden, welcher dem Bürger des Staates zur Heimath dienet, soll zugleich auch Glieder einer ethischen Innung zu Bewohnern haben. Die Vernunft mißbilliget demnach den Mangel bürgerlicher Verbindung eben so sehr, als den Mangel sittlich-religiöser Vereinigung. Was
den

den Forderungen der Vernunft widerspricht, ist unrechtmässig, d. h. rechts - und plichtwidrig. Rechts - und pflichtwidrig ist folglich das Unterfangen, den Menschen von allem religiösen Vereine los zu reißen, und ihn zu einem reinen StaatsBürger zu machen.

Es ist nicht weise, den Bürger von aller religiösen Verfassung los zu machen, um ihn zu einem edlen und betriebsamen Bürger zu bilden. Kein Bürger wird ausgebildet durch Verwahrlosung der edelsten Gaben, welche die Natur in sein Herz gelegt, und wodurch sie ihn der Tugend fähig, und eines unendlichen Fortbildens empfänglich gemacht hat. Und gerade diese Anlagen sind der Pflege der kirchlichen Beamten anvertrauet. Die Vernunft erkennet daher auch die Behauptung nicht als die ihrige an, daß der Staat nur auf den Trümmern der Kirche, und diese nur auf dem Ruine der bürgerlichen Verfassung sich erheben, wirksam und dauerhaft seyn könne.

Aber

Aber sind das nicht lauter allgemeine Sätze, welche eine Kirche mit Merkmalen darstellen, die sich in dem empirischen Wesen der gegebenen Kirchen verlieren, wie ein Tropfen Wasser im Rheine?

Geduld! Wir haben unsern guten Grund, von dem, was die Vernunft über Kirche und Staat überhaupt fest setzt, auszugehen. Eingeweihten in die Kenntniß dieses Punctes wird es in der Folge desto leichter werden, zu bestimmen, was die Vernunft in Betreff der gegebenen Kirchen und der Vereinigung ihrer Gewalt mit der des Staates fordern werde, fordern könne. Wir gehen daher in dem systematischen Gange unserer Vorstellungen fort, ohne uns jetzt durch die Rücksicht auf die specifischen Bestimmungen stehender Kirchen zu unterbrechen. Von der Gattung steigt die philosophirende Vernunft zu den ArtBegriffen herab.

Die Vernunft fordert die Säcularisierungen nicht.

Nach den voraus gehenden Entwicklungen fordert die Vernunft nicht, daß die Bürger des Staates keine Glieder einer Kirche seyen: sie hat das Gegentheil gesetzlich ausgesprochen. Sie fordert nicht, daß der Boden einer bürgerlichen Vereinigung nicht auch der Träger einer ethisch-religiösen Verfassung sey: das Gegentheil ist in ihren gesetzlichen Forderungen ausgedrückt. Sie fordert nicht, daß die Gesetzgebung für die bürgerliche Wohlfahrt keine kirchliche auf ihrem Gebiete dulden dürfe: wir haben das Gegentheil in der Urkunde der Vernunft gelesen. Sie fordert nicht, daß die Gewalt der kirchlichen und die der bürgerlichen Verfassung nicht in Einer Person vereinigt, oder daß dieselbe, wenn sie wirklich vereinigt wäre, getrennet werde, d. h. sie fordert die Säcularisirungen nicht. Obgleich die Wahrheit dieses Satzes

aus

aus dem vorher gehenden schon begreiflich ist, so fügen wir ihm doch noch eine nähere Erklärung desto lieber bey, weil dieselbe mit keiner Schwierigkeit zu kämpfen hat, und in das Wesen unserer Aufgabe greifet.

Die Vernunft fordert die Uebertragung der bürgerlichen und kirchlichen Gewalt. Diese Uebertragung geschieht entweder so, daß mehrere Personen sich in den Besitz der übertragenen Gewalten theilen, z. B. daß eine Person die weltliche Macht besorget, die andere die kirchliche handhabet; oder die Uebertragung geschieht so, daß Eine Person beyde Gewalten umfasset, und mit rechtlicher Vollmacht ausübet. Dieser letzte Fall ist der Punct unserer Untersuchung, welche sich demnach mit der Frage beschäftigt, ob denn die Vernunft die Vereinigung beyder Gewalten in Einer Person für rechtmässig erklären könne, und nicht vielmehr für unrechtmässig erklären müsse? Die Entscheidung wird sich ungezwungen aus folgenden Bemerkungen ergeben.

Nach-

Nachdem die Vernunft das Daseyn der zwey Gewalten auf dem Boden eines Volkes genehmiget hat, so kann sie die Vereinigung dieser Gewalten in Einer Person nicht missbilligen. Denn vor allem wird durch die Vereinigung der kirchlichen und juridischen Gewalt in Einer Person die Natur derselben um keinen Punct verändert; foglich bleiben beyde Gewalten rechtmässig nach ihrer Vereinigung in der Person eines FürstenBischofes, und dieser behauptet also in Vereinigung der beyden Gewalten der Kirche und des Staates einen rechtlichen Besitz. Die Vernunft fordert nur Aufhebung des Unrechtmässigen: sie fordert also nicht die Aufhebung der FürstenBischöfe. Ferner sollte die Vernunft den fraglichen doppelten Charakter in Einer Person missbilligen; so müssten die beyden Gewalten durch ihre Vereinigung in Einer Person entweder ihren vorher behaupteten rechtlichen Charakter ablegen, oder die Vereinigung müsste darum unrechtmässig werden, weil durch die Verbindung die gedeihliche

Aus-

Ausübung beyder Gewalten leidet. Weder der eine noch der andere Fall hält Probe.

Was den ersten Fall betrifft, so ist es sonnenklar, dafs die Gewalten durch das vereinigt werden in Einer Person weder ein Merkmal mehr, noch eines weniger bekommen. Soll aber ein rechtlicher Gegenstand widerrechtlich werden; so mufs eine der erwähnten Veränderungen in ihm vorgehen. Dafs aber die gedeihliche Ausübung durch die Vereinigung keinen Schaden leide, ist ebenfalls leicht einzusehen.

Stellet man die Behauptung allgemein auf, dafs von der Vernunft die Vereinigung der zwey Gewalten aus dem Grunde für unrechtmässig erklärt werde, weil die gedeihliche Ausübung dadurch leide; so mufs der Grund, auf welchem sich die allgemeine Aussage der Vernunft stützt, ebenfalls allgemeine Gültigkeit haben. Ein allgemein gültiger Grund leidet keine Ausnahme: er ist ein nothwendiger Grund.

Grund. Da nun ein nothwendiger Grund die Möglichkeit des Gegentheiles ausschließet; so folget, dafs, — wenn die Behauptung der Vernunft, die Vereinigung der zwey Gewalten sey unrechtmässig, auf dem Grunde beruhet, dafs dadurch das Gedeihen ihrer Ausübung leide, — dafs, sage ich, dieses Leiden an der Fruchtbarkeit der Ausübung nothwendig erfolgen müsse, folglich das Gegentheil, dafs nämlich Ein Mann die zwey Gewalten mit eben dem Gedeihen verwalten könne, als mehrere Personen, welche sich in den Besitz der einzelnen Gewalten gesetzt haben, schlechterdings unmöglich sey. Und bedarf es wohl viel Umherfragens in der Geschichte der verwichenen Zeit, — um von den jetzt rühmlich regierenden FürstenBischöfen zu schweigen, — um die Bemerkung zu machen, dafs es FürstenBischöfe gab, welche dem billigen Beurtheiler nichts zu wünschen übrig liefsen? — Doch wir wollen von der Sache selbst eine nähere Ansicht nehmen.

Der FürstBischof kann nach den Bedürf-
 nissen und Umständen eine Macht durch die
 andere unterstützen. Er sichert durch die Cul-
 tivirung des Gewissens seiner Untergebenen die
 Befolgung der StaatsGesetze. Er trifft solche
 Anstalten der Kirche, welche den Willen der
 Bürger zur Achtung für bürgerliche Gesetze
 vorbereiten. Vermittelt der kirchlichen Macht
 ökonomisirt er mit der bürgerlichen. Er ver-
 mählet, wo es Noth hat, Belehrungen und
 sittliche Ermahnungen durch den VolksLehrer
 mit der Kraft des bürgerlichen Zwanges, und
 machet sich die Bewirkung seines Zieles gewiss.
 Kräftiger erhebet sich an der Macht des
 Fürsten die Würde des Bischofes, und die
 sanften in dem Kreise des Bischofes liegenden
 Bemühungen, den Adel der Sitten und die
 Würde des Lebens bey den Untergebenen zu
 heben, mildern die harte Grellheit der Zwangs-
 Gewalt. Kräfte, welche zum Vortheile der
 gesellschaftlichen Wohlfahrt wirken sollen, er-
 gießen sich desto wohlthätiger, je mehr sie
 nach Einem Plane gerichtet, gespannt, und in
 das

das Spiel gesetzt werden. Die Anwendung dieses Axioms auf die Concentrirung der kirchlichen und bürgerlichen Gewalt lieget zu Tage. Können die Zwecke der Kirche und des Staates einander wesentlich aufhelfen; so können auch ihre Gewalten in der Vereinigung Segen gegen einander austauschen. Kurz, die Ausübung der beyden Gewalten von Einer Person kann höchst erspriesslich für die Untergebenen, und ruhmvoll für die NationalEhre werden. Die Vernunft nennet also die Vereinigung derselben nicht unrechtmässig, und fordert daher nicht die Trennung der wirklich vereinten Gewalten, d. h. die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht.

Man mißverstehe uns nicht. Der geführte Beweis, daß die Vernunft die Säcularisirungen nicht fordere, beruhet 1) nicht darauf, daß die Ausübung der genannten Gewalten, in Einer Person vereint, erspriesslicher ausfalle, als wenn dieselben unter mehreren Personen vertheilt wären; 2) auch nicht darauf beruhet er,

er, daß die erspriessliche Ausübung der kirchlichen und bürgerlichen Gewalt nothwendig erfolge, so bald sich nur beyde Gewalten in Einer Person vereinigen, und gleichsam einen schweesterlichen Bund geschlossen haben; sondern darauf beruhet unser Beweis, daß die Ausübung beyder Gewalten durch ihre Vereinigung in Einer Person nicht nothwendig leide; daß die Ausübung der Gewalten Trotz der Vereinigung eben so gedeihlich ausfallen könne, als wenn dieselben verschiedenen Personen anvertraut wären. Die Unrechtmäßigkeit der Vereinigung müßte auf der Unmöglichkeit beruhen, von den vereinten Gewalten eine erspriessliche und ehrenvolle Ausübung zu erwarten. Diese Unmöglichkeit ist nun aus der Natur der Sache, wie es doch geschehen müßte, schlechterdings nicht darzuthun, folglich auch der Satz nicht zu erweisen, daß die Vernunft die Vereinigung der geistlichen und bürgerlichen Gewalt in Einer Person für unrechtmäßig erkläre, oder die Person, welche beyde

Ge-

Gewalten besitzt, als pflichtvergessen verdamme. Eine bloße Floskel ist also die Behauptung, daß die Vernunft die Trennung der geistlichen und weltlichen Macht, oder, was dasselbe ist, die Säkularisirungen fordere.

§. 9.

Einige Bemerkungen über das vorhergehende.

„Ist die so eben gelieferte Apologie der geistlichen Fürsten nicht eine hohle Speculation? ein Raisonnement aus der reinen Philosophie, womit weder die Staaten noch die Kirchen in Erfahrung, denen doch die Untersuchung gelten soll, irgend ein Verkehr haben?“ — Die Rede war davon, was die Vernunft in Ansehung der Vereinigung der Kirche und des Staates in Einer Person bestimmend fordere. Stellet man die Behauptung auf, die Vernunft verlange schlechterdings die Aufhebung der fürstlichen Gewalt in der Person eines Bischofes; so wird dieser Behauptung —
still-

Stillschweigend der Satz als ausgemacht zum Grunde gelegt, die Vereinigung der geistlichen und weltlichen Macht sey an und für sich widerrechtlich und pflichtwidrig. Denn nur die Vertilgung des Widerrechtlichen und Pflichtwidrigen wird von der Vernunft gefordert. Wir mußten daher Kirche und Staat in ihrem Ursprunge erforschen, und ihr Verhältniß zu einander bestimmen, um wissenschaftlich das Resultat einzuleiten, daß der fürstbischöfliche Charakter kein Scandal der Vernunft sey. Sollte nun der Fall eintreten, daß die in der Idee der Vernunft aufgestellte Kirche und der nach dem Gesichtspuncte der bloßen Vernunft organisirte Staat auf dem Felde der Erfahrung verschiedene Bestimmungen angenommen hätten, und in ein solches Verhältniß zu einander gerücket wären, welches von der Vernunft nicht genehmiget wird; so entspränge daraus keine andere Folge, als diese, daß die Vernunft zwar gegen das Seyn der Kirche und des Staates und gegen ihre Vereinigung nichts einzuwenden habe, aber

D

ver-

verbessernde Reformen der eingeschlichenen Uebel gesetzlich vorschreibe. Diese Reformen können dann keinesweges auf die Vernichtung des Fürsten in der bischöflichen Person gehen, weil das Uebel, dessen Aufhebung durch die Vernunft befohlen wird, nicht in der Vereinigung jener Gewalten seinen Grund hat. Von wem aber jene Reformen ausgehen dürfen, um rechtskräftig zu seyn, ist eine hier zwar einschlagende, aber füglich für einen tiefer unten vorkommenden Ort aufgehobene Frage.

Bedenket man denn ferner, wenn man sagt: „das sind Grübeleien,“ was man wohl sagt? Sind denn Wahrheit und Speculation Gegensätze? Der Freund der Wahrheit spricht nicht über einen Aufsatz ab, weil er speculativ, sondern weil er grundlos ist.

Allgemeine Grundsätze über Staat und Kirche dienen dem Beurtheiler stehender Staaten und Kirchen zum Leitfaden, zum Compasse:
 sie

ſie rücken ihn auf den Standort hinauf, von wo aus allein eine richtige Anſicht des empiriſchen Gegenſtandes möglich iſt. Nachdem wir uns dieſes Standortes bemächtigt haben, können wir uns nun deſto ſicherer in das empiriſche Detail der geiſtlichen Staaten herablaſſen, um zu erforſchen, ob ſich denn nicht etwa aus den poſitiven Ingredienzen derſelben eine praktiſche Nothwendigkeit ergebe, die geiſtlichen Staaten zu ſäculariſiren, oder dem Biſchofe den Fürſten abzunehmen, und einer andern Perſon zu übertragen?

Der Verfaſſer der Schrift unter dem Titel: „die Vernunft fordert Säculariſirungen,“ hat ſich Mühe gegeben, allerley Seiten aus dem Systeme der geiſtlichen Staaten in der Abſicht heraus zu wenden, um das Reſultat zu gewinnen, daß die Vernunft ſchlechterdings die Ablöſung der weltlichen Macht von der geiſtlichen fordere. Wir wollen daher, nachdem wir ſchon die poſitive Sprache der Vernunft über die vorgebliche praktiſche

Nothwendigkeit der Säcularisirungen vernommen haben, die Hauptgründe dieses Schriftstellers in gedrängter Kürze darstellen, und mit einer kritischen Prüfung begleiten. Durch diese Untersuchung wird die Ueberzeugung von neuem befestiget werden, daß die Vernunft in ihrem Gebiethe keine Forderung der Säcularisirungen antreffe, und über dies werden wir dabey Gelegenheit finden, manche nicht ganz uninteressante Bemerkung mit einzuflechten.

II. Abschnitt.

Kurze Darstellung und Beleuchtung der Gründe, welche der Verfasser für die Säcularisirungen, als Vernunftforderung betrachtet, anführte.

§. I.

Was räumt der Verfasser den Gegnern der Säcularisirungen ein?

Der Verfasser ist so billig, den Gegnern der Säcularisirungen einzugestehen, daß die Vertheidiger der Säcularisirungen nicht selten die Rechtmäßigkeit derselben durch die Schwäche ihrer Gründe verdächtig machten. Er führet drey Gesichtspuncte an, aus welchen die Freunde der Säcularisirungen bisher ihre Sache
ohne

ohne Erfolg verfochten, nämlich aus den Gesichtspuncten 1) des positiven Rechtes, 2) der Billigkeit und 3) der Politik. Wir führen die Bemerkungen, welche er über diese Gesichtspuncte vorgetragen hat, mit unterlaufenden Reflexionen der Ordnung nach an.

§. 2.

Positiv-rechtlicher Gesichtspunct.

„Wenn man, sagt der Verfasser, einen
 „rechtlichen Grund für die Säcularisirungen
 „der auf dem rechten RheinUfer gelegenen
 „geistlichen Länder, welche als Appertinenz-
 „Stücke zu den auf dem linken RheinUfer
 „liegenden KathedralKirchen gehören, aus
 „dem Satze hernimmt, daß das Zugehör der
 „Hauptsache folge (*Accessorium sequitur Prin-*
 „cipale); so vergißt man zu erwägen, daß
 „das Zugehör nur dann der Hauptsache folge,
 „wenn der Inhaber der letzteren sie recht-
 „mäfsig besitzt, und daß ein rechtmäfsiger
 „Besitzer von eroberten Ländern erst denkbar
 „sey,

„sey, wenn durch einen Friedensschluss das
„Eigenthum abgetreten wurde.“

Wie, könnte man hinzu setzen, ist denn
der rechtliche Gemeinpruch: *Accessorium se-*
quitur Principale, nicht bloß allein auf das
Gebiet der Sachen, deren Werth durch einen
Preis bestimmbar ist, eingeschränket? Sind
denn die Menschen auf dem rechten Rhein-
Ufer Anhängel von den Bewohnern des
linken RheinUfers, weil sie mit ihnen ehe-
mahls einen gemeinschaftlichen BürgerVerein
bildeten? Oder ist denn ein kleines Stück
Boden, welches mit einem größeren das Ge-
biet einer Monarchie bildet, als ein *Accesso-*
rium von dem *Principale* anzusehen? Nach
diesem Grundsätze dürfte ich von dem Gute
eines reichen PrivatMannes das größere Stück
käuflich an mich bringen, und das kleinere
zurück bleibende Stück dürfte ich dann von
Rechts wegen fordern; denn das Zugehör
folget der Hauptsache. — Die meisten falschen
Sätze sehen sich in ihren Folgen beschämt.

„Eben

„Eben so wenig, fährt der Verfasser fort,
 „kann man das Recht der Säcularisirungen
 „aus der Souveränität des Reiches herleiten,
 „nach welcher demselben die Befugniss zu-
 „stünde, von den geistlichen Ständen das
 „OberEigenthum zurück zu fordern. Denn
 „läge diese Befugniss in der Souveränität; so
 „könnte mit gleichem Rechte der ErzHerzog
 „von Oesterreich und der Churfürst von
 „Brandenburg u. s. w. zur Abtretung ihrer
 „Länder vom Reiche gezwungen werden.“

Ohne eben auf die Folgen des hier von
 den Freunden der Säcularisirungen precär an-
 genommenen Satzes zu sehen, so ist die innere
 Falschheit desselben sehr leicht einleuchtend
 zu machen. Alle Souveränität gehet vom
 Volke aus. Diefs ist ein Axiom der Rechts-
 Lehre. Und wäre nach geschichtlichen Grün-
 den die Souveränität des deutschen Reiches
 nicht von dem erklärten VolksWillen ausge-
 flossen, wie sie auch wirklich nicht von ihm
 ausgegangen ist; so könnte sie doch in
 recht-

rechtlicher Hinsicht nach keiner andern Entstehungsart vorstellig gemacht werden. Die erste Bedingung, unter welcher ein Volk seine Souveränität überträgt, ist die Erhaltung des Volkes als eines bürgerlichen Ganzen. Die Souveränität des deutschen Reiches ist das Resultat der Souveränität der einzelnen Reichsfürsten, welche als Gesetzgeber kleinere Völker beherrschen. Die Souveränität des deutschen Reiches stritte also gegen ihren ursprünglichen Zweck, wenn sie die Vertilgung eines größeren oder kleineren Staates durch die eigenmächtige Entthronung seines Fürsten in ihre Maximen aufnähme.

„Räumte man auch die Voraussetzung ein,
 „dass die Geistlichen durch Arglist und Betrug die weltliche Regierung erhalten, und
 „ihre Schätze erworben hätten; so würde doch
 „das Recht der Verjährung für sie sprechen,
 „und ausdrückliche Verträge, selbst Reichs-
 „FundamentalGesetze würden sie in Schutz
 „nehmen. Und hinge die Rechtmäßigkeit des

„Be-

„Besitzes eines Staates von der Rechtmäßigkeit der Erwerbungsart ab; wie viele Staaten wären in Ansehung ihrer Besitzungen sicher? Welcher Friedensschluß würde verbindende Kraft haben?“

Und hinge die Rechtmäßigkeit des Besitzes in Ansehung gröfserer oder kleinerer Staaten von der rechtmäßigen Erwerbungsart ab, wo befände sich denn der competente Richterstuhl, welcher über dieselbe zu erkennen hätte? — Regenten sind nicht darum im rechtlichen Besitze ihrer LandesHerrschaft, weil auf die Erlangung derselben kein unrechtliches Mittel Einfluß hatte, sondern weil dieselbe sich auf die Beystimmung des VolksWillens stützt, gleich viel, ob dieser ausdrücklich oder stillschweigend gegeben ist. Aus dieser Quelle fließet die Unantastbarkeit der Regenten. Wenden wir uns endlich bey dieser Frage auf die Stimme der Vernunft zurück; so hören wir da wieder eine neue Bestätigung unserer Behauptung. Die Vernunft fordert die mögliche

Auf-

Aufhebung aller Feindseligkeiten in und unter Völkern. Liefse man nun die Rechtmäßigkeit einer Regierung von der Rechtmäßigkeit ihres Ursprunges und Fortbildens abhängen; so dürften heute noch die Feindseligkeiten gegen alle geistliche und weltliche Regenten beginnen. Zum Schlusse dieser Anmerkungen berühren wir noch die Inconsequenz derjenigen, welche die geistlichen Fürsten aus dem Grunde, weil sie durch List und Lüge zu ihrer Macht gelanget wären, vertilgen, und auf der andern Seite mit Verdrängung der rechtmäßigen Regenten das Einschleichen Anderer in den Besitz geistlicher Fürstenthümer vertheidigen wollen.

§. 3.

Gesichtspunct der Billigkeit.

„Da hiesse es, man könne FürstenFamilien
 „nicht zu Grunde gehen lassen, damit der
 „ReichsAdel fette Pfründen genieße, und, um
 „den Staat zu retten, habe man in den älte-
 „ren und neueren Zeiten Kirchengüter ange-
 „griffen.

„griffen. Allein, — so antwortet der Ver-
 „fasser, — die Billigkeit kann keine Stimme
 „führen, wo vom Rechte die Rede ist, und
 „als rechtmässig sind die Besitzungen der
 „Geistlichen anerkannt. Wer kann einen
 „reichen, unnützen und kinderlosen Privat-
 „Mann zwingen, einem andern braven Manne,
 „dem sein Haus abbrannte, welches er aus
 „eigenen Mitteln nicht mehr aufbauen kann,
 „das nöthige Geld zu dessen Wiederherstellung
 „zu schenken? Die Handlungen älterer und
 „neuerer Zeiten durch Angreifung der Kirchen-
 „Güter in StaatsNothfällen geben als Hand-
 „lungen, die geschehen sind, kein Recht zur
 „Nachahmung.“

Es ist nicht zu läugnen, dass der Tugend-
 wohl eben so viel Uebels, als dem Rechte
 widerfahren ist, so lange man die Vorzeit mit
 dem Convolute ihrer Begebenheiten zum Ge-
 setzBuche für die Sitten der ZeitGenossen
 machte. Jede That der Vorzeit unterwirft
 sich der Prüfung nach VernunftGesetzen, um
 das

das Urtheil der Billigung oder der Verwerfung zu vernehmen. Die Vernunft hat aus ihrem Schoofe die Gefetze herauf gehoben, welche jeder Beurtheilung des Werthes einer freyen menschlichen Handlung als Maafstab zum Grunde liegen. Man stellet sich auf den Pranger der Unwissenheit, wenn man das Recht für eine gewünschte Handlung aus den Beyspielen der Vorzeit herhohlen will. Und wie? ist denn ein Nothfall des Staates da, dessen Tilgung die Säcularisirungen als das einzige Mittel forderte? Wem fällt auch nur im Traume ein, dafs den zur Sprache gebrachten Säcularisirungen die Absicht zum Grunde liege, dieselben zu Retterinnen des deutschen Reiches zu machen? Der Nothfall des deutschen Reiches ist der Nothfall einiger verunglückten fürstlichen Familien. Um diese im Stande der Glorie zu erhalten, werden die geistlichen Staaten aufgeopfert, und das von Rechts wegen; denn die geistlichen Fürsten behandeln ihre Unterthanen nicht nach dem Grundsatz, dafs das Volk wegen des

Re-

Regenten da sey. Diese VerfahrungsArt muß man einmahl umändern, und der groſſen Welt zeigen, daß die Unterthanen in geistlichen Staaten wegen verunglückter FürstenFamilien da sind. Auch scheint die Moral gegen diese Praxis so viel nicht einzuwenden zu haben; denn warum soll man, um gütig seyn zu können, nicht ungerecht seyn dürfen? Crispin stahl das Leder, um den armen Barfußgängern Schuhe zu verschaffen.

§. 4.

Gesichtspunct der Politik.

Vorläufig machet der Verfasser die Bemerkung, daß, wollte man die Gründe aus dem Gebieth der Politik gelten lassen, die weltlichen Staaten nicht minder, als die geistlichen, einer mächtigen Umbildung unterworfen werden müßten. Zum Beyspiele führet er nun die Concentrirung der Kräfte an, welche man zu einem Achilles für die Säcularisirungen erhob. — Was man von der Furcht spricht, daß

dass die geistlichen Staaten, wenn sie säcularisiret würden, in eine Rebellion ausbrechen dürften, hält der Verfasser für ungegründet. Wir können unsers Orts diese Behauptung desto eher dahin gestellt seyn lassen, weil, sie mag wahr oder falsch seyn, daraus nichts für die Recht- oder Unrechtmässigkeit der Säcularisirungen folget, und weil Alles, was von dem Gebiete des Nützlichen und Rsthlichen entlehnt ist, ausser dem Kreise des Rechtes lieget, welches allein uns bey der Entwicklung unserer Aufgabe interessirt. Die Rechenkunst der Politiker kommt in keine Betrachtung. Wir gehen daher zu der Beleuchtung der Gründe über, welche der Verfasser für die Säcularisirung als VernunftForderung anführt. Zur Erleichterung des Ueberblickes ziehen wir alle Gründe auf drey HauptMomente zusammen, und legen sie unsern Lesern in der Ordnung vor, in welcher der Verfasser dieselben vortragen hat.

§. 5. Erster Grund.

„Die Verwebung der Religion mit dem
 „Staate ist diesem gefährlich. Sie befördert
 „Einschränkung der DenkFreykeit, Häucheley,
 „Zwietracht, Unordnung und Blutvergießen.
 „Alle diese Folgen treten noch in vollerm
 „Maasse ein, wenn der Priester zugleich Fürst
 „ist. Der Regent wird durch den Priester ge-
 „hemmet, und auf dem Reichstage werden
 „durch die geistlichen Fürsten die StaatsZwecke
 „verrücket. Die Vernunft, welche die Auf-
 „hebung dieser übeln Folgen fordert, gebiethet
 „also die Trennung der Religion vom Staate
 „und des Bischofes vom Fürsten.“

Diese Anklage gegen die geistlichen Für-
 sten ist hart: allein es kommt darauf an, ob
 und in wie fern sie gegründet ist. Wir unter-
 werfen dieselbe einer kritischen Prüfung. Ist
 der Vorderatz, von welchem der Verfasser
 ausgehet, und deselben Schlussfolge richtig;
 so ist es heilige Forderung der Vernunft, alle
 Reichs-

ReichsStände sammt und fonders, d. h. die ganze ReichsVerfassung mit allen wesentlichen Theilen sammt Zugehör über den Haufen zu werfen. Denn mit allen Theilen des deutschen Reiches ist die Religion nach dem Sinne des Verfassers verwebet. Wenn daher die vollstreckenden Repräsentanten der Vernunft Lust haben, die Forderungen derselben zu realisiren; so müßten sie, ihrer Pflicht eingedenk, nicht auf Säcularisirungen, sondern auf die Vertilgung der deutschen ReichsVerfassung ausgehen. Pflichtwidrig ist es, einen ErzHerzog von Oesterreich zu schonen, oder den ChurFürsten von Brandenburg ungerüttelt auf seinem Throne sitzen zu lassen. Man muß aus VorderSätzen nicht mehr folgern, als in ihnen lieget, aber auch nicht weniger, als in ihnen lieget, zumahl wenn der Inhalt der Folgerung praktischer Bedeutung ist. Die ErbFürsten mögen also nach dem angeführten Vorderfatze die Säcularisirungen unterschreiben, aber dabey der Consequenz halber nicht vergessen, daß auch sie in demselben Urtheile der Vernunft,

E

wel-

welches sie an den geistlichen Fürsten zu vollstrecken glauben, als unrechtmäßige Besitzer einer LandesHoheit erscheinen, indem Religion mit derselben verwebet ist.

Freylich sagt unser Verfasser, das Uebel der Verwebung der Religion mit dem Staate drücke auf den geistlichen Staat viel härter, als auf den weltlichen. Allein angenommen, aber nicht zugegeben, welche Vergleichung da der Verfasser zieht: folget etwa daraus, daß es Pflicht sey, die geistlichen Staaten zu vernichten, daß diese Pflicht in Ansehung weltlicher Staaten keinesweges Platz habe? Bey RechtsFragen und PflichtBestimmungen gibt es kein Mehr und kein Weniger. Das Recht und NichtRecht unterscheiden sich nicht gradweise, sondern, um mich mit Kant auszudrücken, wie Himmel und Hölle. Was also Pflicht in Ansehung der geistlichen Staaten ist, ist es auch, wenn von weltlichen Staaten des deutschen Reiches die Rede ist: und ist es nicht gerecht, über diese den Stab zu brechen; fo

so ist es ebenfalls empörende Ungerechtigkeit, über jene das TodesUrtheil zu fällen. Inconsequenzen im Praktischen machen dem Willen, die im Theoretischen machen dem Verstande des Menschen Schande. Die Vernunft fordert, sich vor beyden Arten in Acht zu nehmen. — Allein hat es denn mit dem VorderSatze, auf welchen sich die Folgerung des Verfassers stützt, seine Richtigkeit? Wir antworten Nein aus folgenden Gründen.

Eine Religion, welche, wie die christliche, edel in ihren Grundsätzen, erhaben in ihren Forderungen und würdig in ihren Verheißungen ist, öffnet dem ForschGeiste ihrer Verehrer einen freyen Spielraum zu Untersuchungen, und kommt ihm mit fruchtbarem Stoffe zu Hülfe. Der Priester der Religion, seinem Berufe getreu, ist der Pfleger des Religions-Studiums, und durch die gefundenen Resultate seines Nachforschens segnender Wohlthäter seiner Gemeinde. Der Bischof hat stäts die Jünger Jesu als Muster vor Augen, und billigt

die Versuche, dem Geiste Fesseln anzulegen, nicht. Was er als Bischof hasset, kann er als Fürst nicht lieben. Als Bischof ehret er den Menschen, und als Fürst vergreift er sich nicht an den Rechten desselben. Lieget nothwendig GeistesDruck in der Vereinigung der bischöflichen und geistlichen Gewalt? — Oder ist es Niederhaltung der DenkFreyheit, wenn man durch öffentliche Gesetze die intellectuellen Mittheilungen vor dem Volke auf die Bedingungen der Empfänglichkeit und des Bedürfnisses der Zuhörer einschränket?

Wird die Verwebung der Religion mit dem Staate der DenkFreyheit gefährlich; so gehet diese Wirkung nicht aus der Organisation des Staates, sondern von der Person des Regenten hervor. Zwar enthält eine Verfassung mehr Veranlassung und Einladung zum Niederhalten der liberalen ForschBegierde, als die andere. Gesetzt nun, nicht zugegeben, man halte sich für berechtiget, diese Ehre den geistlichen Staaten anzuthun, was folget daraus? Dafs

es bey der Einsicht und dem Willen des FürstenBischofes stehe, diese Gebrechen zu heben. Jede weise Regierung ist im Stillen reformirend, um ihre Verfassung mit der fortschreitenden Aufklärung, — Aufklärung ist nicht die Wuth derer, welche Recht und Tugend in Reden necken, und in Handlungen verhöhnen, — gleichen Schritt halten zu lassen. Es stehet also bey den FürstenBischöfen, als Gesetzgebern, die nachtheiligen Reste der Vorzeit stillschweigend in Vergessenheit zu bringen, oder durch positive Handlungen zu heilen. — Haben geistliche Staaten eine Periode der GeistesSklaverey aufzuweisen; so war auch der Fürst dieser Periode kein Mann von Geist. Es waren keine geistlichen Staaten, welche in den neuesten Zeiten GeistesDruck erduldet haben, und in Staaten, welche sich von aller Verwebung der Religion mit der StaatsForm los gemacht haben, treffen wir Gesetze an, welche das Sprechen über gewisse Arten von Gegenständen zum Hochverrathe machten. — Da also der Grund eines etwaigen Geistes-

GeistesDruckes nicht in dem Wesen geistlicher Staaten lieget, so wird er auch nicht durch die Vertilgung der letzteren gehoben. Man suche die Ursache eines Uebels nicht da, wo sie nicht lieget, und trage sie nicht auf Gegenstände über, die unschuldig sind.

Häucheley, welche der Verfasser ebenfalls zu einem HausUebel der geistlichen Staaten machet, ist eine tiefe Schmach des Menschen, welcher sich zu ihr erniedriget. Wenn der Regent die Austheilung der StaatsWürden von den sichtbaren Zeichen der Religion abhängig machet, eine frömmelnde Miene für den Ausdruck des Geistes Gottes hält, die StofsSeufzer und Grimassen des Frömmers für Ausflüsse göttlicher Begeisterung ansiehet, zwischen dem Pharisäer und dem geistvollen Anbether Gottes keinen Unterschied machet; — wenn dieß alles voraus gesetzt wird; dann machet der FürstBischof sein Land zu einer Schule des Pharisäismus, und seine Unterthanen zu SchandBuben der Häucheley. Allein mit
wel-

welcher Stirne setzt man die FürstenBischöfe unter die Kategorie des so eben beschriebenen Pinsels von einem Regenten? — Ist die Rede von dem Werthe oder Unwerthe der geistlichen StaatsVerfassung; so darf die in dieser Absicht angestellte Untersuchung nicht über die GrenzLinien der wesentlichen BestandTheile derselben hinaus gehen. Nur was aus diesen nothwendig folget, darf man der Verfassung Schuld geben. Der Fehler des Mannes ist nicht Fehler der Verfassung, welche er verwaltet. Der Geist der geistlichen Staaten verdammet die Häucheley so gut, als der Geist jedes weltlichen Staates, obgleich dieselbe in diesem so häufig ihr Wesen treibet, als in jenen.

Aber einen neuen Grund für die Säcularisirungen findet der Verfasser darin, daß durch die bischöfliche Macht die fürstliche gehemmet werde. — Bey diesem Einwurfe brauchen wir nicht lange zu verweilen. Denn 1) hat der Verfasser für seine Behauptung
keine

keine Beweise geführt, und 2) haben wir uns oben über diesen Punct weitläufig und, wie wir dafür halten, befriedigend erklärt. Wir begnügen uns also mit einigen Bemerkungen.

„Der Bischof und der Fürst in Einer
 „Person, sagt man, ist in seinem Verfahren an
 „Gesetze gebunden. Die Gesetze der Kirche
 „und des Staates rühren von Zeiten her, wo
 „die Weisheit nicht immer auf dem Throne
 „safs, oder im Geiste des Volkes zurück
 „strahlte. Gesetze, zur Stillung vorüber ge-
 „hender Bedürfnisse gegeben, werden im Laufe
 „der Zeit zwecklos, wo nicht zweckwidrig.
 „Es können also im Kreise des Bischofes und
 „des Fürsten gesetzliche Verordnungen liegen,
 „durch welche die beyden Gewalten in Zwist
 „gesetzt werden, und die Wohlthätigkeit des
 „FürstenBischofes gebunden wird.“

Aus dieser Voraussetzung folgt gar nichts für die Freunde der Säcularisirungen. Dem Uebel ist abgeholfen, wenn seine Quelle ver-

verstopfet ist. Lieget in einem kirchlichen
 Gesetze der Keim eines Uebels, und fchränket
 es die segnende Kraft der StaatsMacht ein; so
 rufet die Vernunft zur Vertilgung eines sol-
 chen Gesetzes auf. Der Bischof darf thun,
 was er thun soll: er soll also diesem Gesetze
 keinen Einfluss auf seine Regierung gestatten.
 Wir stellen nun nach dieser Einschränkung
 folgende Alternative: entweder liegen in der
 kirchlichen und politischen Verfassung geist-
 licher Staaten zweckwidrige Verfügungen, oder
 nicht. Im zweyten Falle fällt der Grund weg,
 die zwey Gewalten zu trennen; denn durch
 zweckmäßige Gesetze von beyden Seiten
 hemmen sie einander nicht. Im ersten Falle
 kommen wir zu der Folgerung, dafs der
 FürstBischof verbessernde Hand an seine Ver-
 fassung legen solle, folglich auch dürfe,
 es geschehe nun dieses stille oder laut, privat
 oder in Uebereinstimmung mit andern Bischöfen.
 Wir gelangen also nirgends zu einem Aufrufe
 der Vernunft, die geistlichen Staaten zu säcu-
 larisiren. Die Vernunft fordert die Aufhebung
 eines

eines Uebels, welches eine gesellschaftliche Innung drückt; also verlangt sie auch das dazu taugliche Mittel: dieß lieget in dem PflichtenKreise des Bischofes selbst, folglich fordert die Vernunft nicht Säcularisirungen, um jenes Uebel aus dem Wege zu schaffen. Die Vernunft würde die Säcularisirungen fordern, wenn sie das einzige Mittel wären, die geistlichen Staaten von einem etwaigen Uebel zu befreyen. Allein Säcularisirungen sind nicht nur nicht das einzige Mittel, etwaige Uebel in der geistlichen StaatsForm zu heilen; sondern sie sind gar kein Mittel zur Hebung derselben. Diese Behauptung ist unstreitig: es kommt nur auf eine schickliche Art an, ihre Wahrheit zu veranschaulichen. Lasset uns einen Versuch machen!

Wenn den bischöflichen FürstenStuhl ein bloß weltlicher Herr einnimmt; so maßet er sich entweder das höchste Tribunal über kirchliche Verfügungen an, oder nicht. Im ersten Falle hat die Säcularisirung die Person, aber

aber nicht die Sache geändert. Diese stehet genau auf dem alten Fusse; denn der Gesetzgeber des Staates ist ja ebenfalls auch die Quelle der kirchlichen Gesetze, nur daß er nicht, wie es vorhin war, FürstBischof heisset, und sein Haar nicht, wie die Vorgänger, in eine Rolle fammeln, sondern in einen Zopf zusammen binden läßt. Oder lassen wir den andern Fall gelten, daß der weltliche Herr die Unabhängigkeit eines kirchlichen Gerichtshofes in seinem Staate anerkenne; so haben wir eben so wenig gewonnen. Enthalten die zwey Gewalten Stoffe zu Mißshälligkeiten, wenn sie in Einer Person vereiniget sind; so bleibt der Zunder der Zwietracht ebenfalls, wenn sich zwey Personen darein getheilet haben. Das Uebel, welches nicht aus der Vereinigung der Gewalten entsprang, kann durch die Trennung derselben nicht getilget werden. Die Säcularisirung hebet also die Anlässe zu Zwißtigkeiten nicht, wenn der Grund dazu einmahl in dem Inhalte der bürgerlichen und kirchlichen Verfassung lieget. Man darf vielmehr

mehr behaupten, daß, wenn in den genannten Gewalten Reitze zu Mißhälligkeiten enthalten sind, diese durch die Vereinigung der Gewalten unschädlicher werden, als durch die Vertheilung; denn der Inhaber beyder Gewalten kann im CollisionsFalle der einen Gewalt zu Gunsten der andern etwas vergeben, ohne daß er dabey verlieret. Der Verlust von der einen Seite wird durch den Gewinn auf der andern ergänzt. Haben sich hingegen mehrere Personen in den Besitz der beyden Gewalten getheilet; so ist den CollisionsFällen nicht so leicht auszuweichen. Denn die verschiedenen Inhaber der Gewalten werden, eifersüchtig auf ihre Rechte und eigenfinnig in Ausübung derselben, besorgen, ein einziges Nachgeben möchte auf der andern Seite zu einem nachtheiligen Rechte erwachsen, und dadurch werden die Zwiste häufiger, die schädlichen Wirkungen ergiebiger, und der Zustand der Untergebenen bedenklicher werden.

Wer

Wer gibt denn, um doch auch einen Blick nach Norden zu thun, in protestantischen Staaten die kirchlichen Gesetze? Von wem gehen die kirchlichen Verfügungen aus? Ist der Fürst nicht auch Bischof, d. h. Gesetzgeber in der Kirche? Nimmt sich nun die Vernunft an den geistlichen Fürsten ein Aerger- niss, warum ist sie so phlegmatisch, wenn sie auf protestantische Staaten blicket? Fordert sie demnach Säcularisirungen der geistlichen Fürstenthümer; so fordert sie aus demselben Grunde den Umsturz aller deutschen Staaten, Oesterreich und Brandenburg nicht ausgenommen.

Dass endlich auch die geistlichen Fürsten den StaatsZweck auf dem Reichstage vertreten sollen, ist wahrlich befremdend. Die ReichsVerfassung hat die Rechte und Pflichten der einzelnen Stände auf dem Reichstage vorgezeichnet. In dem Zwecke ihrer Staaten und in der wohlthätigen Rücksicht auf die gesellschaftliche Gesamtheit des deutschen Reiches

Reiches ist ihnen das Ziel bey ihren Abstimmungen angegeben. Der Geist des geistlichen Staates heisset den FürstenBischöfen nicht, bey allgemeinen Angelegenheiten des gemeinschaftlichen Wohles, der Beschirmung des Ganzen und der Erhaltung der NationalEhre zu vergessen. Haben die geistlichen oder die weltlichen Fürsten mehr Ursache, ihren jüngsten Thaten den Schleyer der ewigen Vergessenheit zu wünschen?

§. 6.

Zweyter Grund.

„Geistliche Fürstenthümer stehen im offenen Widerspruche mit den Vorschriften des christlichen ReligionsStifters. In bestimmten Ausdrücken saget er: Mein Reich ist nicht von dieser Welt: wäre es von dieser Welt, so würden meine Diener darüber kämpfen. — Die weltlichen Könige, heisset es ferner, herrschen: die Oberherren haben Gewalt, und die Gewaltigen heisset
„man

„man gnädige Herren. So jemand
 „unter euch gewaltig seyn will, der
 „sey euer Diener. Die geistlichen Fürsten,
 „wird daraus gefolgert, handeln also gegen
 „den ausdrücklichen Befehl ihres Lehrers,
 „und geben ein Scandal durch Uebertretung
 „ihrer Pflicht, so fern sie von der Wahrheit
 „der christlichen Religion überzeugt sind;
 „oder ein Scandal durch Täuschung, so fern sie
 „nicht von der Wahrheit derselben überzeugt
 „sind. Die Vernunft fordert die Aufhebung
 „dieser Scandale, folglich die Säcularisirung.“

Dieser Beweis stehet und fällt mit der
 Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Auslegung
 der angeführten Schriftstellen. Wir geben
 daher eine bestimmte Erklärung dieser Stellen,
 um daraus den Werth oder Unwerth dieses
 Beweises für die Säcularisirungen darzulegen,
 und beginnen mit der Erklärung des ersten
 Textes, nämlich: Mein Reich ist nicht
 von dieser Welt.

Die

Die Juden sahen zur Zeit, da Jesus seine Lehren verkündigte, der Erscheinung des Messias mit steigender Sehnsucht entgegen. Der Begriff des Messias war nach der rohen Vorstellungsweise der Menge mit irdischen Merkmalen ausgeschmückt. Bey der Nennung des Messias erscholl in ihren Ohren der Wiederhersteller Israels, der Zerstörer heidnischer Triumphe, welche den Umsturz der jüdischen Selbstständigkeit zur Folge hatten. Der Messias und ein irdischer König war den ZeitGenossen Jesus Eines. Dieser erschien, nannte sich den verheissenen Messias, den König der Juden. Allein so rastlos er an Veredlung des Begriffes dieses Ausdruckes arbeitete, so behielt die Menge doch die irdischen Merkmale auf Geheiß ihrer Wünsche fest.

Jesus befriedigte die sinnlichen Erwartungen der Juden nicht, brachte den Eigennutz der Pharisäer in das Gedränge, und ward ein Gegenstand der Verfolgung. Er wird bey dem

römischen Statthalter angeklagt, und der Todes-
 Spruch über ihn wird verlangt. Das Ver-
 brechen, dessen er beschuldigt wird, ist, daß
 er mit dem Gedanken umgehe, sich als König
 der Juden aufzuwerfen, und folglich eine
 Rebellion zu organisiren. Pilatus stellet über
 diesen Vorwurf Jesus zur Rede. Dieser erklärt
 sich also: „es ist wahr, daß ich König der
 „Juden bin: aber man muß diesen Ausdruck
 „nicht missverstehen. Ich nenne mich König
 „der Juden, aber nicht in dem Sinne, als ge-
 „böthe ich auf einem sichtbaren Throne mit
 „physischer Macht über Millionen Unterthanen;
 „nein, das Reich, welches ich beherrsche, ist
 „von ganz anderer Beschaffenheit, als die
 „irdischen Reiche: es ist das Reich der Wahr-
 „heit. Ich bin unter meinen ZeitGenossen
 „aufgetreten, um ihnen Wahrheit, d. h. reine
 „GottesErkenntniß zu lehren. Jeder, der es
 „mit mir hält, befolget meine Befehle, ist mein
 „Unterthan, ich sein König. Ich bin also
 „kein RuheStörer im Staate.“

Ueber zwey Stücke hat sich also Jesus erklärt, 1) dafs er kein Rebbe sey, und 2) dafs er geboren sey, Wahrheit zu lehren. Es ist also hier nicht nur keine Vorschrift für die Apostel und ihre Nachfolger gegeben; sondern es war nicht einmahl die geringste Veranlassung dazu vorhanden. Die christlichen Gebothe und Verbothe müssen in ausdrücklichen Texten gegeben seyn, und nicht durch Consequenzen erkünstelt werden. — Es ist ferner bekannt, dafs der Vernunft das Recht zukommet, über die christlichen Moral-Gesetze das oberste RichterAmt zu führen. Nun findet die Vernunft die Vereinigung der zwey Gewalten nicht unerlaubt; folglich kann diese Vereinigung nach dem Geiste der christlichen Moral nicht für unrechtmässig erklärt werden.

Doch der Verfasser findet den Grund, dafs die Vereinigung der beyden Gewalten unzulässig sey, darin, dafs durch die Verbindung der doppelten Gewalt Zeit und Kräfte des Für-

FürstenBischofes getheilt werden, und also die gedeihliche Verwaltung derselben leidet. Allein wäre so geradehin die Vertheilung der Kräfte unter mehrere Aemter, unzulässig; so dürfte kein Handwerker ein Weinhändler, kein Professor ein FamilienVater seyn, und kein Volks-Lehrer mit Bienen ökonomisiren. Was zu viel beweiset, beweiset gar nichts. Soll die Vereinigung mehrerer Geschäfte in Einer Person unsittlich heißen; so muß dieselbe etwa so beschaffen seyn, daß die pflichtmäßigen Verrichtungen nothwendig das Maafs der Kräfte übersteigen, welche dem Uebernehmer der Geschäfte beywohnen. Ist wohl dieses der Fall bey den FürstenBischöfen, weil sie die bürgerlichen und kirchlichen Angelegenheiten ihres Volkes zugleich besorgen? Aber wie siehet es denn nun mit den Monarchen, Groß-Herzogen und LandGrafen aus, welche, wenn sie sich gleich auf den Kreis der weltlichen Geschäfte allein einschränken, doch bey weitem mehrere und schwierigere Geschäfte abzuthun haben, als die FürstenBischöfe auf ihrem enge

begrenzten Territorium? Sind die Fürsten-Bischöfe arme Sünder, weil sie ihre Kräfte versplittern: wie nennet man nun die Beherrscher großer und mannigfaltig zusammen gesetzter Reiche, welche vielleicht noch überdies die kirchlichen Verfügungen functioniren? Endlich ist bey der Vereinigung der geistlichen und weltlichen Macht noch eine besondere Rücksicht in Erwägung zu nehmen.

Der ehrliche Mann darf keine verschiedenen Geschäfte über sich nehmen, wenn sie sich entweder ihrer Beschaffenheit nach mit einander nicht vertragen, oder, wenn sie sich zwar vertragen, aber so schwierig in ihrer Ausführung und so umfassend in ihrem Inhalte sind, daß ihnen kein Mann nach dem Maasse seiner Kräfte Genüge leisten kann. Die Apostel, die reisenden Verkündiger des Evangeliums, konnten nicht zugleich einen Staat regieren. Und der Beamte des Rechtes in einem ausgedehnten Sprengel kann nicht auch einen Professor der Philosophie machen. Keiner von den genannten Fällen

Fallen tritt ein, wenn wir von den Verrichtungen der FürstenBischöfe sprechen, man müßte denn annehmen, daß jeder FürstBischof von Natur aus zu einem baren Pinsel geschaffen sey, oder daß er in dem Augenblicke der Wahl durch eine geheime ZauberKraft um allen Verstand gebracht werde. — Der geistliche Fürst, in der Periode der männlichen Reife zur Regierung erhoben, ist in Verdacht, daß er seinem Amte nicht gewachsen sey: aber wenn der geborne Fürst zum Throne gelanget, ehe er noch eine Probe von geistiger Mündigkeit gegeben hat, da hat kein Mißtrauen auf seine Tüchtigkeit Statt! Es ist doch unbillig, den Stab über geistliche Fürsten zu brechen aus Gründen, welche in weltlichen Staaten nicht selten in höherem Grade vorhanden sind. Wir gehen zur Erklärung der zweyten SchriftStelle über, welche wir oben mit den Worten des Verfassers gehört haben. Wir wollen daher sogleich ihren Sinn bestimmen.

Die Mutter der Söhne des Zebedäus kam zu Jesus, und fiel mit flehender Gebhrde vor ihm

ihm nieder. „Was ist dein Begehren?“ sprach Jesus. Die Mutter, voll der Einbildung, daß Jesus früher oder später einen mächtigen König auf Erden spielen werde, rückte ohne Zögern mit ihrer Bitte heraus. „Versprich mir, sagte sie, daß in deinem Königreiche diese meine beyden Söhne einer zu Deiner Rechten und der andere zur Linken sitzen soll!“ . . . Die Apostel, welche sich selbst lange nicht von der Begierde, in dem Messianischen Königreiche die ersten StaatsWürden einzunehmen, los machen konnten, ereiferten sich über das Gesuch der zwey Brüder. Nun nahm Jesus das Wort: „Ihr wisset,“ — so lautet seine Erklärung, — „daß die Fürsten der Völker sie eigenmächtig beherrschen, und die Großen über sie Gewalt üben. Allein bey mir soll es nicht so seyn. Der Zweck meines Hierseyns ist nicht, ein sichtbares Königreich zu stiften, und eure Hoffnung kann nicht dahin gehen, die Großen in demselben zu spielen, und den Kitzel der gebiethenden Gewalt über die Schwächeren

„zu

„zu fühlen. Ich bin gekommen, dadurch
 „groß zu werden, daß ich den Menschen
 „diene, und mein Leben zur Rettung für
 „Viele hingebe. Euer Ruhm muß seyn, in
 „meine Fußstapfen einzutreten. Darum soll
 „derjenige, der unter euch groß werden will,
 „euer Diener seyn, und wer unter euch der
 „erste seyn will, sey euer Knecht.“ So weit
 der SchriftText.

Aus der Entwicklung dieser Stelle er-
 hellet, daß Jesus seine Jünger von dem Wahne
 heilen wollte, als würden sie in seinem Reiche
 StaatsMinister werden, und daß er ihnen die
 rechte Art, GröÙe zu suchen, vorzeichnete.
 Wer siehet hier irgend einen Wink zu einer
 Vorschrift, welche den christlichen Priestern
 den Besitz einer LandesHoheit zum Verbrechen
 machet? Der Priester muß ganz andere Mit-
 tel zur Bewirkung seiner Absicht einschlagen,
 als der weltliche Machthaber. Dieser übet
 Gewalt aus, und zähmet durch physischen
 Zwang: allein der VolksLehrer soll frey seyn
 von

von der Herrschfucht; er foll mit Wohlwollen und mit dem freudigen Wunsche, Gutes zu thun, dem Untergebenen begegnen, und durch die entfaltete Kraft der Wahrheit seinem Gemüthe Folgsamkeit entlocken. „Die Großen herrschen: unter euch foll es nicht so feyn.“ Diese Wahrheit verletzte der Bischof, wenn er mit wildem Ungeftüme und phyfischer Gewalt Wahrheit verbreiten, und gute Sitten pflanzen wollte: allein er verletzt fie nicht, wenn er in Ausübung der bifchöflichen Verrichtungen fich an die pädagogifche Weisheit unsers ReligionsLehrers hält, ob er gleich dabey LandesHerr ift. Er fey nur in jedem Amte das, was er feyn foll, und wie er es feyn foll. Es widerfpricht fich nicht, dafs er beydes im hohen Grade der Vollkommenheit fey.

§. 7.

Dritter Grund.

„Grund und Boden des Staates ift GefammtEigenthum, d. h. Niemand foll fich
aus-

„ausgeschlossen sehen von der Möglichkeit,
 „durch erlaubte Mittel irgend einen Theil
 „davon zu erwerben. Diese widerrechtliche
 „Ausschließung findet in geistlichen Staaten
 „Statt. Denn geistliche Corporationen, — sie
 „heissen nun DomCapitel, oder wie sie wol-
 „len, — haben Besitzungen, die ewig unver-
 „äusserlich sind. Also darf Niemand an ihren
 „Erwerb denken. Diese ungerechte Einrich-
 „tung hat ein doppeltes Uebel zur Folge.
 „Das erste ist Sklaverey; denn ein grosser
 „Theil der StaatsEinwohner ist der Willkür
 „dieser reichen Eigenthümer Preis gegeben,
 „und wird des Brodes halber zur Sache.
 „Bey den reichen Besitzern selbst aber wird
 „Nichtsthuererey erzeugt. Die fetten Pfründen
 „befriedigen die Bedürfnisse, und machen das
 „Arbeiten überflüssig. Diefs mißbilliget die Ver-
 „nunft, und sie fordert also Säcularisirungen.“

In einem Staate ist Grund und Boden,
 als die äussere Bedingung der Möglichkeit einer
 juridischen Gesellschaft, GesammtEigenthum.

Be-

Beleidigung des Bürgers wäre es daher, wenn man ihn durch irgend eine Verfügung außer Stand setzete, sich einen Theil von dem Gesamteigenthume des Staates zu erwerben. Die Möglichkeit des Erwerbes ist ein unverlierbares Recht des Bürgers. Bis hierher sind wir mit dem Verfasser einverstanden: aber nun gehen wir einen Schritt weiter.

Der Bürger hat das Recht, sich Eigenthum auf dem Grunde und Boden des Staates zu verschaffen. Um aber zu einem Eigenthume auf demselben zu gelangen, werden zwey Stücke erfordert, 1) daß das bestimmte Gut, nach dessen Eigenthum man strebet, Gegenstand eines möglichen Erwerbes sey, und 2) daß zur Erlangung desselben kein ungerechtes Mittel angewendet werde. Ist nun ein Gut auf dem Boden des Staates gesetzliches Eigenthum eines PrivatMannes, der keine Lust hat, sein EigenthumsRecht zu veräußern; so kann kein rechtlicher Bürger darnach streben, noch viel weniger durch arglistige Griffe das Gut feil machen.

Der

Der Bürger hat ein Recht, sich auf dem Boden des Staates Eigenthum zu verschaffen, heisset daher nicht, ihm müsse es unbenommen bleiben, sich jedes beliebige GrundStück auf dem Boden des Staates zueignen zu können; sondern es heisset nur, dafs ihm im Allgemeinen der Erwerb auf dem GesamtEigenthume des Staates möglich seyn müsse. Besäße eine fleissige und glückliche Familie ein Gut mit dem festen Vorhaben, es nie an andere Eigenthümer kommen zu lassen; so läge in dieser Maxime nicht das geringste Unrecht für die übrigen Glieder des Staates; denn die Familie hat ein Recht, durch erlaubte Mittel ihr Eigenthum zu erhalten. Die übrigen Bürger können deshalb nicht über Beleidigung klagen, weil sie zwar ein Recht zu einem möglichen Erwerbe auf dem Boden des Staates haben, aber kein Recht auf ein bestimmtes Gut, dessen Besitzer eben keinen Willen hat, sich des EigenthumsRechtes zu begeben. Jene, nicht diese Möglichkeit des Erwerbes gehöret zu den wesentlichen Befugnissen der Bürger. Und jene wird durch Zufälle, NaturEreignisse,

In-

Industrie, VerschwendungsLuft, TodesFälle, u. s. w. ewig erhalten. Gehen wir nun auf die ewigen Besitzungen geistlicher Corporationen über!

Geistlichen Corporationen gilt Alles für rechtmässig, was immer die Vernunft bey einem individuellen Menschen für Recht erklärt. RechtsBegriffe ändern durch die Veränderung ihrer Beziehungen ihre Physiognomie nicht. Ist es nun einer PrivatPerson erlaubt, auf dem Boden des Staates ein Gut mit dem Willen zu besitzen, daß es nie von ihrer Familie weg in die Hände eines fremden Besitzers komme; so kann man dieses Recht auch den geistlichen Innungen nicht absprechen. Auch fliessen aus den bleibenden Besitzungen der geistlichen Corporationen die Folgen nicht nothwendig, welche der Verfasser mit Recht so glühend verabscheuet.

Glück, Fleiß und Geschicklichkeit nebst den unaufhaltsamen NaturEreignissen bringen in Ansehung der GlücksGüter die mannigfaltigsten Abstufungen in die menschliche Gesellschaft. Der eine Theil darbet, der andere besitzt zum
Schwel-

Schwelgen. Die eine Klasse biethet um Lohn ihre Dienste der andern an. Diese Beschaffenheit wird es immer mit der menschlichen Gesellschaft haben. Der dienende Theil hat sich aber deshalb auch nicht zu beklagen, als sinke er zu einer bloßen Sache herab, wie es der Verfasser besorget. Denn so lange der Mensch sich freywillig zur Abtretung eines Theiles seiner Kräfte versteht; so lange die Dienste, zu deren Verrichtung er sich verbindlich macht, moralisch zulässig sind; und so lange der Gebrauch, welchen ein fremdes Wesen von meinen Kräften macht, auf die Bedingungen meines anfänglich erklärten Willens eingeschränket ist; so lange ist auch der dienende Mensch noch Mensch, und keine Sache. Der Knecht ist darum, daß er Knecht ist, noch nicht zur Sache herab gewürdiget. — Der übermüthige Reiche kann freylich sich viele Menschen zinsbar machen, und sie nicht selten wie fein geduldiges HausVieh mißhandeln: allein diese Schuld des bösen Willens machet darum die Besitzungen des Reichen nicht unrechtmässig.

Auf

Auf den Vorwurf der befürchteten Nichtsthuey, welche sich bey den adeligen ChorHerren ansiedeln soll, bemerken wir Folgendes. Mit glühendem Abscheu wenden wir unser Gesicht von dem Taugenichts weg, der seine adelige Abkunft zum Privilegium der Faulheit machet, — der den durch die Geburt ihm verliehenen Adel für einen Freybrief ansieheth, sich um den Adel des Verdienstes nicht bekümmern zu dürfen, — der, ermuntert durch die ergiebigen Einkünfte seiner Pfründe, sein Leben nicht der intellectuellen Vervollkommenung, sondern dem Geschäfte der körperlichen Vegetation zum Opfer bringet, — der nicht durch freywillige Güte und Herablassung in den Kreis der gewöhnlichen Menschen herab rücket, nachdem ihn die Gunst der Natur durch den Namen und Reichthum hinauf gerücket hat, — der am Baume des Staates das Moos bildet, und eine Rolle zu seiner Schande und zur Plage der Menschen spielet, — ein DomHerr dieses Geistes trägt die Verachtung der Menschen, und verdienet sie. Führete demnach die
er-

ergiebigste Præbende in geistlichen Corporationen nothwendig zu einer so verderbten Lebensart; so wäre es Sünde, ihr Daseyn noch einen Tag zu fristen. Allein jede Sache hat verschiedene Seiten: laßet uns so billig seyn, neben der möglichen schlechten auch die bessere heraus zu kehren.

Im menschlichen Busen sitzt ein Schwarm Triebe und Neigungen. Sie sind die Hebel, welche das menschliche Leben in Bewegung setzen, damit der Mensch nach einer Periode seines Lebens nicht wieder, wie die Planeten nach Verfluß der periodischen Zeit, an demselben Punkte stehe. Der Hunger ist der mächtigste Stachel für die menschliche Thätigkeit: ist er befriediget, so hat die vorsichtige Hand der Natur noch andere Triebe bereit gelegt, um die Thätigkeit des Menschen zu unterhalten. Dahin gehöret der Trieb nach intellectueller Vollkommenheit, nach Ruhm des Geistes, nach der Ehre, unter die Weisen der Nation zu gehören; ferner der Trieb zur hervor

ragenden Tüchtigkeit des Kopfes, um die Hoffnung zu gewinnen, bedeutendere Stellen im Staate einzunehmen, und durch die würdige Bekleidung derselben den Adel der Geburt mit dem des Verdienstes zu vereinigen. Die Natur spornet gute Menschen unablässig zur besseren Ausfüllung ihres Amtes, zur Erweiterung ihres Wirkungskreises, zur Vermehrung des Beyfalles, welchen die unparteyliche ZeitGenossenschaft zollet; zur Vermehrung der Einkünfte, welche mit der erhöhten Wirkfamkeit im Verhältnisse stehet; zur Abwendung der Schande, welche der Genius der Zeit laut auf den reichen und von der Kasse der Kirche lebenden Dummling wirft; zur Beschweigung der Klagen, welche das Publicum häufig gegen die unnützen und kostspieligen Kostgänger der geistlichen Staaten führet; kurz, die Natur hat dem menschlichen Gemüthe eine Menge Antriebe zur rühmlichen Wirkfamkeit eingesenket, so dafs das HungerBedürfnis des Magens gestillet seyn kann, ohne dafs es deshalb dem Menschen an Trieben zum Handeln und Wohlthun

man-

mangelt. Auch der Domherr hat also noch Antriebe genug zu einem wirkfamen und segnenden Wandel, zu einem rühmlichen und nützlichen Verkehre mit feinen ZeitGenossen. Das müßte ein schändlicher Mensch feyn, der für alle diese TriebFedern keine Empfänglichkeit und keinen Sinn hätte.

Angenommen endlich, daß manche ChorHerren mit unwürdiger Seele die Güter der Kirche verschlingen; so kann und foll der Bischof Einrichtungen treffen, welche dem Uebel steuern. . . . Wir wollen mit dieser Bemerkung so viel fagen, daß, wenn es doch Fehler der geistlichen Corporationen gibt, das Heilmittel dagegen in den Händen des Bischofes liege, folglich Säcularisirungen deßhalb nicht nöthig feyen.

§. 8.

S c h l u ß.

Ehre verdienet der Mann, der den Rechten der Vernunft das Wort redet. Ehre verdienet

der Machthaber, der beflissen ist, die Sprache der Vernunft in sichtbare Thaten des Tages zu übersetzen, die Theorie der Vernunft in eine bleibende Praxis zu verwandeln, und die Realisirung der Vernunftforderungen zur Tagesordnung zu machen. Gehöret nun die Säcularisirung zu den Forderungen der Vernunft; so eile man zur Ausführung: man stürze die geistlichen Fürsten, und erlöse ihre Unterthanen von der Schmach, Glieder einer widerrechtlichen StaatsVerfassung zu seyn. Diese That ist Ruhm für ihren Urheber: sie heisset Rettung der Völker und Verherrlichung der Vernunft.

Aber die Leidenschaft hat oft die Mine der Vernunft angenommen, und ihre Sprache gehäuchelt. Die vorgebliche Forderung der Vernunft war hie und da eine Verirrung des Verstandes, oder ein Wunsch der Klugheit, oder die Eingebung eines guten Herzens, welches nicht selten mit den schönsten Begehungen in die Schranken des Rechtes ein-

99
einbricht, und, ohne es zu wissen, mit Ver-
letzung des Rechtes Gutes will.

Wir sahen diese Bemerkung bey den
Freunden der Säcularisirungen in Erfüllung ge-
hen. Sie verdammten das Daseyn der geist-
lichen Staaten, stämpelten die FürstenBischöfe
zu verwerflichen Gegenständen vor dem Ge-
richtshofe der Vernunft, und legten dieser das
TodesUrtheil über die Staaten geistlichen
Charakters in den Mund. Allein aus den
Untersuchungen, welche wir mit unbefangenen
Geiste durchführten, ging das Resultat hervor,
dass die geistlichen Staaten eben so rechtlich
in dem Urtheile der Vernunft erscheinen, als
die weltlichen StaatsFormen. Die Vernunft
weist von keiner Pflicht, die geistlichen Staaten
zu zerstören: sie billiget vielmehr ihre Exis-
tenz, und genehmiget ihre Fortdauer.

Die Mächtigen unserer ZeitGenossen mö-
gen heiss nach dem Ruhme streben, Ausführer
der Vernunft und ihrer Gesetze zu seyn:
dieses

dieses Ziel ist ehrenvoll, und die Erreichung desselben ist segnenreich. Aber jene Ehre bringen sie nicht auf sich, und diesen Segen nicht auf ihre ZeitGenossen, wenn sie sich zur Ausführung der Säcularisirungen anschicken.

Von der Politik ist die Rechtmäßigkeit der Säcularisirungen nicht bewiesen. Die Billigkeit hat bey Fragen des Rechtes keine Stimme zu geben: und räumt man ihr das Stimmrecht ein, so spricht sie mehr für als gegen die Erhaltung der geistlichen Staaten. Die Vernunft findet in dem weiten Umfange ihres Wesens keinen Grund zur Rechtfertigung der Säcularisirungen. Die Vernunft hat die Säcularisirungen nicht für eine pflichtmäßige Aufgabe des Menschen erklärt, und die Rechtmäßigkeit derselben nicht ausgesprochen. Der Bestimmer, der Ausführer der Säcularisirungen ist als solcher kein Verehrer der Vernunft, kein Priester ihrer Rechte, kein Vollstrecker ihrer Forderungen. Glanz breitet die Vernunft
über

über denjenigen aus, welcher ihre Stimme kennet, und auszuführen suchet. Für den Urheber der That, welche die geistlichen Staaten umstürzet, hat sie keinen Lorbeer; denn die That ist ungerecht, und wenn der ZeitGenoss leidend sie vollbracht werden siehet, so harret ihrer gewiss die Verdammung aus dem Munde der Nachkommen.

Die Fürsten, welche den Stofs der Säcularisirungen erfahren, leiden ein geringeres Unheil, als die Urheber derselben: jene drückt ein Unglück, diese aber Schimpf und Schmach. Deutschland hängt mit Sehnfucht an dem Augenblicke, wo der Friede erscheinet, und neues Leben durch die Adern seiner Bürger rinnet: aber ein Friede, welcher über den Trümmern verletzter Rechte zu uns herüber kommt, ist kein Gut, woran Geist und Herz im heiligen Bunde sich laben.

Wir wünschen den geistlichen Fürsten das Glück, in ihrer rechtlichen LandesHoheit
un-

unversehrt zu bleiben, — den mächtigen Friedensstiftern den Ruhm, gerecht gehandelt, und den Schutz der Rechte den Vortheilen des Glückes vorgezogen zu haben, und — den Bewohnern geistlicher Staaten die Rettung von der Beforgnis, durch Säcularisirungen den Händen eines Fremden und den Qualen allgemeiner Drangsale in der Absicht zugeworfen zu werden, um in dem krampfhaften Gefühle derselben die unglückliche Weihe zur Freyheit unserer Tage zu empfangen.

In allen Buchhandlungen sind folgende Schriften
zu haben:

Freymüthige Gedanken eines deutschen Staats-
Bürgers über die Säcularisirung der geistlichen
WahlStaaten Deutschlands in rechtlicher und
politischer Hinsicht. Altona und Hamburg.
1798. 36 kr. oder 8 Ggr.

Betrachtungen eines patriotischen Wirtember-
gers über die geheimen FriedensArtikel des
verstorbenen Herzogs von Wirtemberg mit
der französischen Republik. Reutlingen.
1798. 12 kr. oder 3 Ggr.

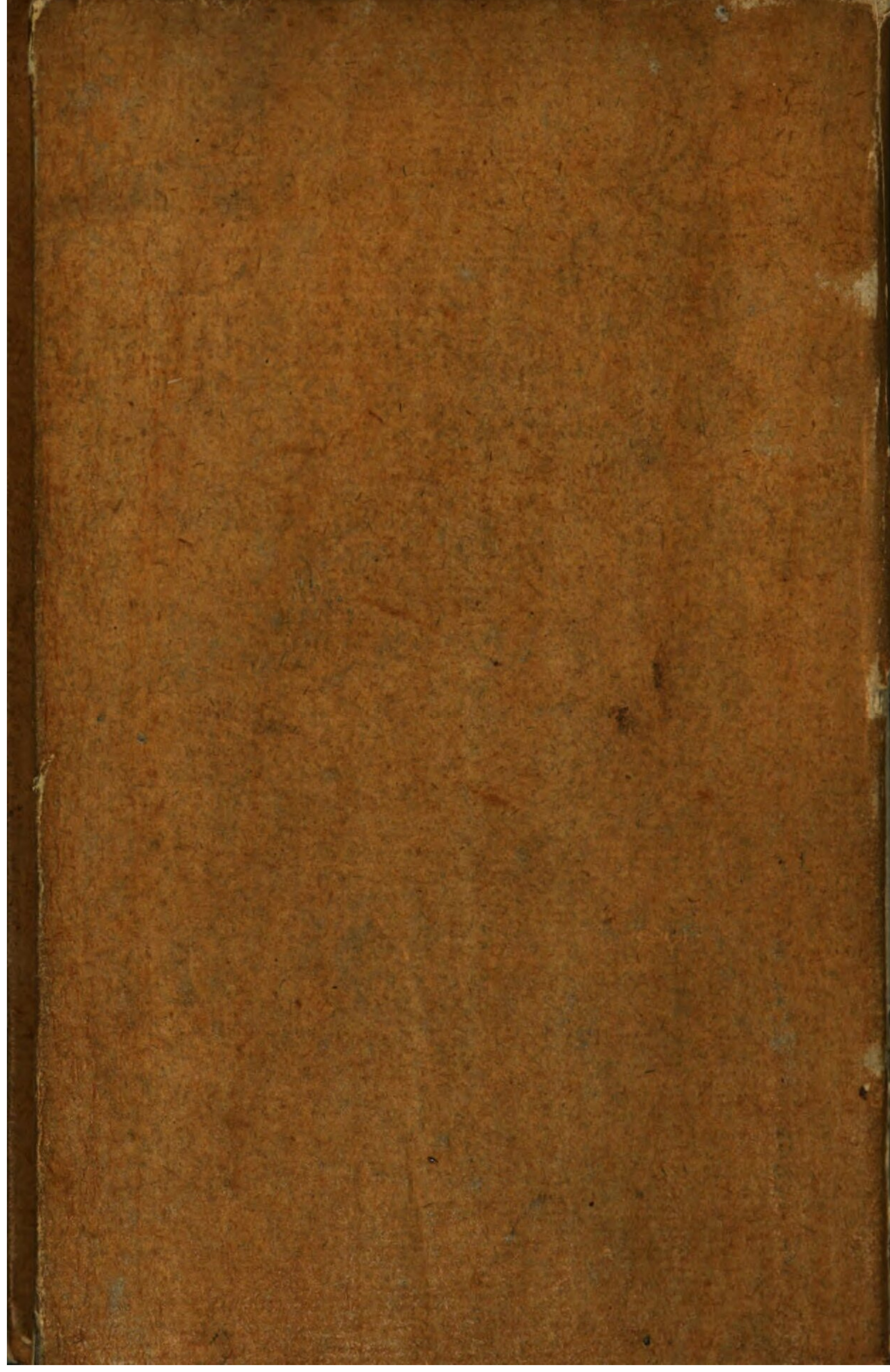
Ueber Schadloshaltung der jenseits des Rheins
verlierenden ReichsStände. Bericht eines
ReichstagsGefandten an seinen Herrn über
zwey Schriften unter dem Titel: „Ueber
„Entschädigung der ihre Lande und Be-
„sitzungen auf dem linken RheinUfer ver-
„lierenden ReichsStände,“ und „Noch ein
„Wort über Entschädigung &c.“ Wohnfurt
in Franken. 1798. 18 kr. oder 4 Ggr.

Der jämmerliche Prediger mit dem Vorspruche:
Unser Reich ist nicht von dieser
Welt; oder: Noch Etwas über die Säcula-
risirungen besonders nach Grundsätzen der
Kantischen Philosophie. Regensburg. 1798.
24 kr. oder 6 Ggr.

Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht.
Deutschland. 1798. 24 kr. oder 6 Ggr.

X

VI 90



Greß, Andreas / Greß, Andreas, / Berg, Franz,

Die Vernunft fordert die Säcularisirungen nicht

Deutschland [i.e. Würzburg] 1798

Germ.sp. 487 n

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10021885-4

VD18 15335100